



BERLIN 2029?

Die Propagandamaschine für „Kriegstüchtigkeit“ und angebliche „Verteidigung“ läuft. Auf den Ostermärschen diesen Monat kann dem etwas entgegengesetzt werden - aber entscheidend ist der Widerstand aus Betrieb, Gewerkschaft, Schule und der gesamten Gesellschaft.

05 EU auf Kriegskurs

Auch auf EU-Ebene wird sich für kommende Kriege gerüstet

08 Über 100 Euro fürs Volltanken

Preise steigen nicht wegen Krieg, sondern wegen Kapitalismus

12 NATO - Bilanz eines „Friedensbündnis“

Seit dem Ukraine-Krieg hat die NATO-Propaganda zugenommen

6 Rheinmetall kauft Lürssen-Werften: Rüstungsgigant Made in Germany **7** Die Rote Hilfe im Interview **10** Wie zwei radikale Individuen versuchen, die Schulstreikbewegung zu schwächen **14** „Wir werden euch nicht helfen können“ - Militarisierung im Gesundheitswesen **16** Schadet die Zivilklausel der Wissenschaftsfreiheit? **17** Tarifrunden 2026: Viele Nullmonate und lange Laufzeiten **18** Betriebsratswahlen: Kein Rechtsruck, aber auch keine Entwarnung **19** Iran: Dilemma für Europa? **20** Zum DGB-Aufruf zum Ostermarsch **22** Die kurdische Frage und die Entwicklungen im Nahen Osten

LIEBE LESER,

die Propagandamaschine für „Kriegstüchtigkeit“ und angebliche „Verteidigung“ läuft. Wir beschäftigen uns in dieser Ausgabe mit den Kriegsvorbereitungen und den dazu notwendigen „Kommunikationsmitteln“, um die Menschen für den Kurs der Aufrüstung und des Krieges weich zu klopfen. Sie sollen die zahllosen Kürzungen und Einschnitte in ihr Lebensniveau als unvermeidlich hinnehmen.

Damit verbunden zeigen wir auf, wie EU und Deutschland langfristig an Aufrüstung und Militarisierung arbeiten – und dies nicht erst seit dem Ukraine-Krieg. Eher im Hintergrund arbeitet die EU daran, Rüstungskonzerne zu monopolistischen Zusammenschlüssen zu bewegen, umso schneller und mehr Waffen zu produzieren und zugleich durch Rationalisierung höhere Profite zu erzielen. In der zivilen Industrie gibt es dafür Entlassungen. Die Militarisierung zieht sich durch die ganze Gesellschaft, ob in Schulen oder Universitäten, im Gesundheitswesen, beim Abbau demokratischer Rechte. Ein Beispiel für diesen Abbau demokratischer Rechte wird in einem Interview mit der Roten Hilfe deutlich.

Die zunehmende Konkurrenz der imperialistischen Mächte und ihr Kampf um die Neuaufteilung der Welt wird aktuell bei dem Krieg der USA und Israels gegen den Iran sichtbar. Die Auseinandersetzungen um die „Kriegstüchtigkeit“ finden auch in der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften statt. Einerseits positionieren sich Gewerkschaftsführungen von IGM und BCE für Rüstung, angeblich um Arbeitsplätze zu „retten“. Andererseits formiert sich unter den Kolleginnen und Kollegen Widerstand gegen diesen Kurs. Mit dem Kurs der Aufrüstung verbunden sind Angriffe auf Löhne, Arbeitszeit und erkämpfte Rechte. Wir berichten auch über den Widerstand in der Arbeiterklasse. Dieser Kampf und starke Gewerkschaften sind dringend nötig.

WIR WÜNSCHEN VIEL SPASS BEIM LESEN UND GUTE DISKUSSION,

DIE REDAKTION

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 26. April.

IMPRESSUM

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

V.i.S.d.P.: D. Möller

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitzukunft.de

webmaster@arbeit-zukunft.de

Tel: 07159 4200174

Bankverbindung

Kontoinhaber: Diethard Möller

IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03

Kreditinstitut: Postbank Stuttgart

BIC: PBNKDEFFXXX

IM APRIL.. 1920

NIEDERSCHLAGUNG DER ROTEN RUHRARMEE

Im März 1920 kam es in Berlin zum reaktionären Kapp-Putsch durch Freikorps und Teile der Reichswehr. Der Putsch hatte zum Ziel, die bürgerliche Demokratie durch eine reaktionäre Militärdiktatur zu ersetzen. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung flohen aus Berlin. Sie hatten sich noch kurz zuvor diesen Strukturen bedient, um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu ermorden oder im Januar 1920 vor dem Reichstag ein Blutbad unter revolutionären Arbeitern anzurichten. Die Freikorps waren paramilitärische, nationalistische Einheiten, die später in großen Teilen in der SA aufgingen.

Der Putschversuch zwang die SPD dazu, gemeinsam mit USPD und KPD die Arbeiter zu einem Generalstreik aufzurufen. 12 Millionen

Arbeiter folgten am 15. März diesem Aufruf und brachten so in wenigen Tagen den Kapp-Putsch zu Fall. Es gab keinen Eisenbahnverkehr, in den Städten keine Straßenbahnen und Busse, keine Post, keine Telefonvermittlung, keine Zeitungen, alle Fabriken und alle Behörden waren geschlossen. In Berlin gab es nicht einmal mehr Wasser, Gas oder elektrisches Licht. Die Arbeiterklasse zeigte, wieviel Macht sie hat. Die Kapp-Regierung musste am 17. März zurücktreten. Im Ruhrgebiet bildete sich im Kampf gegen den Kapp-Putsch die Rote Ruhrarmee mit rund 100.000 Arbeitern, die zum größten Teil Kampferfahrung aus dem 1. Weltkrieg hatten. Auch in anderen Teilen Deutschlands wurde bewaffnet gegen die Putschisten gekämpft. Die von der SPD 1919 liquidierte Rätebewegung lebte in ganz Deutschland wieder auf. In vielen Regionen, vor allem im Ruhrgebiet, übernahm die Arbeiterklasse die Macht.

Nach dem Sieg über die Putschisten wollten viele Arbeiter nicht zurück zur bürgerlichen Republik, sondern die völlige Niederschlagung der Reaktion und eine sozialistische Republik. Doch nachdem die Arbeiterklasse den Putsch niedergeschlagen hatte und die SPD-Führung wieder die Regierungsgeschäfte in Berlin aufgenommen hatte, schloss die SPD-geführte Regierung mit der Reichswehr-Führung und den Freikorps, die eben noch die Regierung gewaltsam abgesetzt hatten, ein Bündnis zur Niederschlagung der bewaffneten, revolutionären Arbeiter. Reichswehr und Freikorps bekamen freie Hand. Am 2. April 1920 begann die brutale militärische Niederschlagung. So wie schon bei der Novemberrevolution 1918 erstickte die SPD-Führung den Aufstand der Arbeiter in Blut. Weit über 1000 von ihnen wurden durch die Freikorps und die Reichswehr ermordet. Die meisten nicht etwa im Kampf, sondern nach ihrer Gefangennahme. „Auf der Flucht erschossen“ hieß es, obwohl die Einschusslöcher nicht hinten waren. Bezeichnenderweise hatten viele Freikorpsoldaten bereits ein Hakenkreuz auf ihrem Helm. Die herrschende Klasse musste alle ihre Kräfte aufbieten, um die revolutionäre Arbeiterklasse niederzuhalten. Dazu brauchte sie die SPD-Führung, aber auch die sich entwickelnde faschistische Bewegung.

Insofern ist der Kampf der Arbeiterklasse und die von ihr geschaffene Rote Ruhrarmee ein Zeichen der Kraft der Arbeiterbewegung, wenn sie ein klares Ziel vor Augen hat. Sie macht deutlich, wozu die Arbeiterklasse fähig ist. Gestoppt werden konnte diese Kraft nur durch Betrug, Täuschung, Opportunismus und den Einsatz brutalster Gewalt.

Leseempfehlung: Im Roman von Karl Grünberg, Brennende Ruhr, wird der heldenhafte Kampf der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet dargestellt und der Roten Ruhrarmee ein literarisches Denkmal gesetzt. In diesem Buch wird ein bedeutender Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland wieder lebendig.

2029

Bis 2029 muss Deutschland kriegstüchtig werden – warum? Weil Russland dann angreift. Oder angreifen könnte. Oder die Voraussetzungen hätte, angreifen zu können, wenn es wollte.

Auf dem ein oder anderen Wege beruht ein Großteil der Legitimierungen der aktuellen Aufrüstung auf der Behauptung, dass Russland nicht bei der Ukraine Halt machen wird und früher oder später auch NATO-Gebiet dran sein wird, wenn nicht abgeschreckt wird. Doch was ist dran an dieser Behauptung, woher kommt überhaupt die Zahl 2029?

Schauen wir uns zunächst an, was die herrschenden Medien uns zu der 2029-Prognose zu sagen haben. So titelte die tagesschau letzten Herbst: „Woher kommt die Russland-Prognose 2029?“ und erklärte, dass einerseits ein nicht-öffentliches NATO-Dokument und andererseits Geheimdienstinformationen die Quelle seien. Die Jahreszahl 2029 ist dabei eigentlich gar nicht korrekt – schon 2028 sei Russland wohl in der Lage, der NATO militärisch das Wasser zu reichen. Doch die Zahl war nach der bekannten Rede von Pistorius im Sommer 2024 („wir müssen kriegstüchtig werden“) im Raum, und so beließ man es einfach dabei. Warum? Darüber gibt der Artikel „Analyse: Was passiert, wenn Russland die Nato angreift?“ des Bayerischen Rundfunk von August 2025 Aufschluss. So sei die Zahl 2029 „vor allen Dingen ein Kommunikationsmittel“, so die Politologin Sarah Pagung. Sprich: Die Zahl 2029 hat mehr eine öffentlichkeitswirksame Funktion, als eine tatsächliche Bedrohungseinschätzung zu sein. Sie hebt außerdem hervor, dass es entscheidend sei, die Bevölkerung aufzuklären, auch weil „Sicherheit Geld koste, Geld das in wirtschaftlich guten Zeiten nicht ausgegeben wurde“. So wird ganz offen gesagt, dass die Zahl vor allem die Funktion hat, die Bevölkerung darauf einzustellen, dass Aufrüstung nötig und teuer wird.

Genau dieses Ziel hat auch der Bundeswehr-Propagandist vom Dienst, Carlo Masala. In seinem Buch: „Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario“ beschreibt er mit viel Kreativität ein 2028, in dem Russland vortäuscht, auf Entspannung zu setzen und dann in einem Hinterhalt die NATO angreift, die sich nicht richtig vorbereitet hat. Das Fazit: Wir müssen jetzt handeln! Das Buch ist eine Zusammenfassung so ziemlich der gesamten öffentlichen Diskussion, die wir zu dieser Frage hören, doch worum es kein einziges Mal geht: Warum würde Russland angreifen?

Die tagesschau räumt sogar ein, dass BND-Analysten schon häufiger mal daneben lagen: So in Bezug auf die Taliban-Eroberung Kabuls 2021 oder die Stabilität des Assad-Regimes 2012. Und so würde auch die 2029-Prognose nur aussagen, wann Russland theoretisch in der Lage sein könnte, die NATO anzugreifen, nicht aber, warum es das tun sollte. Die Schlussfolgerung: „Wer kann jetzt schon wissen, ob der Kreml nächstes Jahr oder 2029 einen konventionellen Krieg mit der NATO beginnen will?“ Die einzige andere Option scheint also zu sein, dass es nicht später, sondern früher so weit ist. Die gesamte Diskussion um 2029 und die Gefahr aus Russland hat die zugrundeliegende Annahme, dass Russland angreifen will

und wird, sobald es kann. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage, warum Kriege ausbrechen und warum Mächte andere angreifen, bleibt komplett auf der Strecke. Würde man sich diese (entscheidende) Frage genauer anschauen, dann würde man nämlich auf andere Schlüsse kommen als den Aufrüstungs-Wahnsinn.

Warum kommt es wirklich zu Kriegen?

Die Ziele Russlands müssen, genau wie die Ziele der USA, Deutschlands oder Chinas, politisch eingeordnet werden, um zu verstehen, warum welche Mächte in der aktuellen Weltlage so handeln wie sie es tun. Dabei hilft es auch nicht, wie das in der Friedensbewegung üblich ist, von einer „Bedrohungslüge“ zu sprechen, also zu suggerieren, dass es in Wahrheit keine Gefahr gebe – häufig wird in der Bewegung darauf verwiesen, dass Russland und China Friedensmächte seien und allein der Westen ein Interesse an Krieg habe. Dass das so nicht stimmt, haben wir spätestens in der Ukraine gesehen, wo Russland sehr wohl zu militärischen Mitteln greift, um sein Einflussgebiet zu sichern (auch wenn dies in einem Kontext geschieht, der in der Diskussion darüber ausgeblendet wird). Um der Aufrüstungs-Propaganda wirklich etwas entgegenzusetzen, müssen wir der Wahrheit ins Auge blicken: Die Welt wird nicht friedlicher. Es ist tatsächlich so, dass sich die Gefahr neuer, großer Kriege zuspitzt und es auf der ganzen Welt Staaten gibt, die diese Kriege unter bestimmten Bedingungen und aus verschiedensten Gründen anzetteln.

Und trotzdem: Die aktuelle Diskussion, in der eine Bedrohung aus Russland sozusagen vorausgesetzt wird, liegt nicht an einer tatsächlichen Einschätzung, dass Russland angreifen wird. (Im Übrigen ist es heute scheinbar auch kein Tabu mehr, diese Bedrohung direkt auf China auszuweiten, die ZDF-heute am 2. März in einem Artikel zum Iran zur Schau stellte: „Mit jedem Tag Krieg in Iran verbrauchen die USA also deutlich mehr als eine Jahresproduktion dieser auch mit Blick auf die Bedrohung aus China strategisch wichtigen Waffensysteme“. Woher diese Bedrohung aus China für die USA auf einmal kommen soll, dieser Erklärung bleibt man schuldig und braucht sie scheinbar heute gar nicht mehr). Diese Erzählungen, die seit einigen Jahren überall sind, haben ihren Ursprung deutlich früher in den geopolitischen Lageeinschätzungen und Strategiepapieren von USA, EU und NATO. Was dort als Bedrohung bezeichnet wird, ist nicht die Gefahr eines militärischen Angriffs aus Russland oder China, sondern die Bedrohung der eigenen Vormachtstellung auf der Welt. So wird bereits im Strategiepapier NATO 2030 von einer Bedrohung der „regelbasierten Ordnung“ gesprochen, der man begegnen müsse. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der Biden-Regierung 2022 heißt es: „Obwohl das internationale Umfeld umkämpfter geworden ist, bleiben die Vereinigten Staaten die führende Macht der Welt.“ Und Biden

schrieb im Vorwort dazu: „Im Wettstreit um die Zukunft unserer Welt ist sich meine Regierung des Ausmaßes und der Schwere dieser Herausforderung bewusst. Die Volksrepublik China hegt die Absicht und verfügt zunehmend über die Fähigkeit, die internationale Ordnung so umzugestalten, dass die globalen Wettbewerbsbedingungen zu ihren Gunsten verschoben werden, während die Vereinigten Staaten weiterhin entschlossen sind, den Wettbewerb zwischen unseren Ländern verantwortungsvoll zu gestalten.“ Und in Deutschlands Nationaler Sicherheitsstrategie heißt es dazu: „Wir leben in einem Zeitalter wachsender Multipolarität. Einige Staaten versuchen, die bestehende internationale Ordnung entsprechend ihrer Auffassung von systemischer Rivalität umzugestalten.“ Offener kann man kaum aussprechen, worum es eigentlich geht: Die eigene Vormachtstellung auf der Welt, über Jahrzehnte unangestastet, wird zunehmend durch aufsteigende Mächte in Frage gestellt. Die Einschätzung Chinas von deutscher Seite unterscheidet sich zwar leicht: „In dieser internationalen Lage ist China Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Wir sehen, dass dabei die Elemente der Rivalität und des Wettbewerbs in den vergangenen Jahren zugenommen haben; zugleich aber bleibt China ein Partner, ohne den sich viele der drängendsten globalen Herausforderungen nicht lösen lassen“. Doch die Einschätzung als „systemischer Rivale“ ist dieselbe, was nichts anderes meint, als dass mit China ein wirtschaftlicher Block entsteht, der die eigene Vorherrschaft ernsthaft in Frage stellt.

In Deutschland werden diese gigantischen Aufrüstungspläne zwar als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 dargestellt. Seit einiger Zeit wird auch die Politik von Donald

Trump als Rechtfertigung genutzt. Doch das entspricht nicht der Realität. So gab es schon von 1985 mit 18,8 Milliarden US-Dollar bis 1989 mit 39,8 Milliarden US-Dollar mehr als eine Verdoppelung der Militärausgaben Deutschlands (Quelle: Statista.com). Bis 2001 sanken die Ausgaben wieder etwas, um seither mit leichten Schwankungen rasant zu steigen. 2024 hatten sie sich mit 88,5 Milliarden US-Dollar, also 75,5 Milliarden Euro noch einmal mehr als verdoppelt – von 1985 bis 2024 also das 4,7-fache. Die Militärausgaben der EU stiegen ebenso rasant auf 392 Milliarden Euro. Deutschland hat dabei den Löwenanteil mit fast 25 % der EU-Militärausgaben. Nun liegt der Anstieg der deutschen Ausgaben für Militär seit 1985 weit vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und ebenso weit vor Trump. Die „Rechtfertigung“ erweist sich als Propaganda, um die Bevölkerung zu täuschen und für den Kriegskurs zu gewinnen. Dabei wird mit dem Mythos von

der „kaputtgesparten Bundeswehr“ immer wieder auf die Tränenröhren gedrückt und Mitleid mit der „armen“ Bundeswehr gefordert. In der Realität haben wir 40 Jahre in denen sowohl Deutschland als auch die EU mit leichten Schwankungen kontinuierlich ihre Militärausgaben ausgeweitet haben.

Setzt man die gesamte Erzählung von Bedrohung in diesen Kontext, dann wird klar, dass die USA und auch Deutschland nicht das Interesse der Landesverteidigung haben, sondern weit darüber hinaus ein Interesse, eine Weltordnung aufrecht zu erhalten, in der der eigene Einfluss zählt. Heute können wir nicht davon sprechen, dass Russland oder China die Kapazitäten haben, diese Weltordnung militärisch anzufechten – bei Russland kommt hinzu, dass es keine aufsteigende, sondern eine absteigende Macht ist. Und genau diesen Vorsprung gilt es für die westlichen Imperialisten nun

Beispiel: Russische Drohnen über Europa?

Wie direkt diese Propaganda eingesetzt wird, haben wir letzten Herbst gesehen. So schreibt die tagesschau in besagtem Artikel auch von den „Luftraumverletzungen in Osteuropa durch russische Drohnen und Kampffjets“, die die Prognosen eines früheren russischen Angriffs zu bestätigen scheinen. Dumm nur, dass bei so ziemlich allen Drohnensichtungen über europäischen Flughäfen im Nachhinein ausgeschlossen werden konnte, dass es sich dabei um russische Drohnen handelte: Am 3. Oktober wurde der Frankfurter Flughafen wegen Drohnensichtung gesperrt – am 4. Oktober wurde von der Regierung klargestellt, dass dies ein Hobbypilot ohne Verbindungen zu Russland zu verantworten hatte. Am 4. Oktober wurde der Flughafen in Vilnius wegen Drohnensichtungen geschlossen – wenige Tage später wurde klar, dass es sich um Zigarettenschmuggler handelte. Und auch in Dänemark wurde bereits am 4. Oktober von einem Regierungsvertreter eingeräumt, dass man sich nicht mehr sicher sei, ob es sich tatsächlich um eine Drohne gehandelt habe. Trotzdem sagte Bundeskanzler Merz bei Caren Miosga am 5. Oktober: „Außer dem Flughafen München sind in den vergangenen Tagen auch Frankfurt und Kopenhagen betroffen gewesen. Unsere Vermutung ist, dass Russland hinter den meisten dieser Drohnen-Flüge steckt. Diese Bedrohung kommt von denen, die uns testen wollen“.

Russische Drohnenüberflüge oder Spionageaktionen sind keineswegs unmöglich, doch die Hysterie, die wir im letzten Herbst gesehen haben, zeigt sehr gut, wofür die Debatte nützt: die Korrekturen der Behauptungen von russischen Drohnenüberflügen wurden bei weitem nicht so publik wie die ersten Meldungen. Bei den meisten Menschen bleiben nur diese im Gedächtnis, die Erzählung der Bedrohung wird realer. Im Dezember wurde ein neues Luftsicherheitsgesetz beschlossen und ein neues Drohnenabwehrzentrum öffentlichkeitswirksam eröffnet – im tagesschau-Artikel dazu heißt es weiterhin: „In den vergangenen Monaten hatte es in Deutschland sowie in anderen europäischen Staaten immer wieder Vorfälle mit unidentifizierten Drohnen über Flughäfen, Militäreinrichtungen, Energieversorgern sowie sensiblen Industriebetrieben gegeben. Die Sicherheitsbehörden vermuten in vielen Fällen Russland hinter den Überflügen“.

auszunutzen, und zwar jeder auf seine Art. Während die USA mit der neuen Trump-Administration auf Konfrontation von Venezuela bis Iran setzen, wählen Deutschland und andere EU-Staaten andere Ansätze (wie die Aufrüstung der EU) mit dem Ziel, eine eigenständigere Rolle im Kampf um Macht auf der Welt einnehmen zu können. Zwar zeigt ein Blick auf die militärischen Kapazitäten der NATO im Vergleich zu Russland oder China sehr deutlich die Vormachtstellung – diese soll jedoch gar nicht erst in Gefahr gebracht werden. Und so wird aufgerüstet, aufgerüstet und nochmal aufgerüstet. Alle Erzählungen von direkter militärischer Bedrohung folgen diesem Schema und sind direkt dazu geeignet, die Bevölkerung darauf einzustellen – ein „Kommunikationsmittel“ also, um sich auf die kommenden Kriege einzustellen.

Wer sich mit der Geschichte von Kriegen beschäftigt, der kommt um die Rolle von Propaganda nicht herum. Im Rückblick sind die Lügen, mit denen Kriege gestartet werden, leicht zu erkennen und man kann fassungslos darüber werden, wie der Erste Weltkrieg als Verteidigungskrieg verkauft und der Zweite Weltkrieg durch vorgetäuschte polnische Grenzübertreitte vom Zaun gebrochen werden konnte. Wie schwer es jedoch ist, Kriegspropaganda zu erkennen, wenn sie einen überall umgibt, das können wir heute am eigenen Leib erfahren. ★

Setzt man die gesamte Erzählung von Bedrohung in diesen Kontext, dann wird klar, dass die USA und auch Deutschland nicht das Interesse der Landesverteidigung haben, sondern weit darüber hinaus ein Interesse, eine Weltordnung aufrecht zu erhalten, in der der eigene Einfluss zählt.

EU AUF KRIEGSKURS



Mit dem Ausgabenziel von 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Militär steigern die EU-Staaten (bis auf Spanien) ihr Kriegsbudget radikal. Im Jahr 2025 betragen Militärausgaben der EU-Mitgliedstaaten 392 Milliarden Euro. Nun rechnet die EU-Kommission bei einer Umsetzung des 5 %-Ziels mit rund 900 Milliarden Euro.

Was will die EU

Diese permanente Erhöhung der Militärausgaben hat natürlich Gründe. Auffällig ist dabei, dass diese Aufrüstung einher mit der Ausweitung der EU nach der Auflösung des Warschauer Paktes zu Lasten Russlands ging. Es gab also eine gewaltige Neuaufteilung der Einflusszonen in Europa und einen deutlichen Machtzugewinn der EU und dabei auch des deutschen Imperialismus. Der Krieg in der Ukraine ist daher auch Ausdruck dieser Neuaufteilung, da das imperialistische Russland gegen die imperialistische EU einen Teil Neuaufteilung rückgängig machen und seine Einflusszone wieder ausweiten will. Es ist also deutlich, dass die EU und Deutschland dabei keineswegs Unschuldslämmer sind, sondern die Schwäche ihres imperialistischen Konkurrenten gnadenlos ausgenutzt haben.

Die EU übernimmt dabei die Rolle, die unterschiedlichen Interessen der imperialistischen Akteure in der EU und der verschiedenen Kapitalgruppen auszutarieren und ein möglichst einheitliches Handeln zu ermöglichen. Das ist jedoch sehr schwierig, wie sich beispielsweise aktuell an dem Veto Ungarns zu weiteren Kriegskrediten für die Ukraine zeigt. Das Platzen des Mercosur-Abkommens, mit dem die größte Freihandelszone auf der Welt zugunsten der großen Monopole geschaffen und der Zugriff auf wichtig Rohstoffe garantiert werden sollte, ist auch Ausdruck des Kampfes zwischen den imperialistischen Mächten in der EU. Das wird ebenso deutlich im Scheitern der Pläne für ein gemeinsames Kampfflugzeug (FCAS) aufgrund der Konkurrenz zwischen deutschen und französischen Rüstungskonzernen. Es ist offensichtlich, dass die beiden stärksten imperialistischen Mächte in Europa, Deutschland und Frankreich, um die Führung konkurrieren. Zudem arbeiten auch andere imperialistische

Mächte daran, den Aufstieg der EU zu einer Weltmacht zu torpedieren. So ist sehr deutlich, dass die USA massiv daran arbeiten, ihren Konkurrenten niederzuhalten und entsprechende Kräfte wie den Rassemblement National in Frankreich oder die AfD in Deutschland mehr oder weniger offen unterstützen. Auch das imperialistische Russland unterstützt Kräfte wie Orban in Ungarn.

Obwohl es angesichts des zunehmenden Kampfes der Großmächte USA, Russland und China immer schwieriger wird, die diversen Mächte in der EU unter einen Hut zu bringen, arbeitet die EU beständig daran. So hat sie bereits 2003 eine „Europäische Sicherheitsstrategie“ entwickelt und darin offen das Ziel gesetzt, die EU zu einem Global Player zu formen. In der Weiterentwicklung dieser Strategie von 2016 wurde noch offener der Aufbau „militärischer Spitzenfähigkeiten“ gefordert. 2022 wurde die „Rückkehr der Machtpolitik“ postuliert und neben Russland und China auch die USA als Konkurrent in den Fokus genommen.

2025 erschien das „Weißbuch zur europäischen Verteidigung“. Das Magazin „Wehrtechnik“ sah darin einen „Paradigmenwechsel“ der EU „von einem sicherheitspolitischen Juniorpartner zu einem strategischen Akteur“. Die Süddeutsche Zeitung (15.3.25) nannte das Weißbuch eine „Art Scheidungsantrag für die amerikanisch-europäische Ehe“. „Seite um Seite werden in dem Dokument Initiativen aufgelistet, mittels derer die EU-Kommission Europas Armeen stärker machen und die Rüstungsindustrie des Kontinents auf- und ausbauen will. Und der strategische Kontext, in dem das alles stattfinden soll, ist eben nicht nur die wachsende Bedrohung durch Russland. Sondern ganz wesentlich die Tatsache, dass Europa alleine verteidigungsfähig – sprich: unabhängig – werden

muss, weil es sich auf die Unterstützung durch die USA im Ernstfall nicht mehr hundertprozentig verlassen kann.“

Im Entwurf des Weißbuchs (S. 4) steht dazu: „Die einzige Möglichkeit, diese Abhängigkeit zu überwinden besteht darin, die erforderlichen Kapazitäten über gemeinsame europäische Fähigkeitsprojekte zu entwickeln, besonders jetzt, da die USA ihre Herangehensweise überdenken und die Entscheidung in Betracht ziehen könnten, die Nutzung von Enablern [strategischen Kernfähigkeiten] einzuschränken oder sogar zu stoppen.“

Obwohl im EU-Vertrag in Artikel 41 (2) ausdrücklich Militärausgaben verboten sind, umgeht die EU dies, indem sie Rüstungsprogramme als „Industrieförderung“ auflegt. Unter kryptischen Namen wie EVF, EDIPRA, ASAP, EDIP usw..., die nur Insidern etwas sagen, hat sie Rüstungsförderungsprogramme mit vielen Milliarden Euro geschaffen. Sie zielen darauf ab, eine starke und einheitliche europäische Rüstungsindustrie zu schaffen. Dabei wird gefordert, dass mehrere Konzerne aus mehreren EU-Ländern zusammenarbeiten, um eine Förderung zu erhalten. Das fördert die Konzentration und Monopolbildung. So wird mit ökonomischen Mitteln versucht, was im politischen Bereich derzeit nicht so gut gelingt, Stück für Stück über die Bildung großer europäischer Rüstungsmonopole durchzusetzen. Über die Profitinteressen der großen Monopole soll eine starke imperialistische EU geschaffen werden. Ein Ziel dabei ist „bis 2030 mindestens 50 % und bis 2035 60 % aller Verteidigungsinvestitionen in der EU zu tätigen.“ (Verordnung der EU zu EDIRPA, 18.10.23) Man will also Waffenkäufe in den USA reduzieren und eine eigene machtvolle Rüstungsindustrie aufbauen. Mit dem Programm ASAP will man „unsere Industrie jetzt in den Kriegswirtschaftsmodus“ bringen. (euractiv.com, 3.5.23) Entlarvend ist, dass hier nicht mehr von „Verteidigung“, sondern offen von Krieg gesprochen wird. Ebenso ent-

larvend ist, wie planmäßig vorgegangen wird. Es ist eben keine „Notwehr“ gegen das aggressive Russland, sondern man will selbst als Großmacht agieren und militärische Gewalt, wie schon Clausewitz, preußischer Generalmajor, sagte, „als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ vorbereiten.

Die Rolle Deutschlands

Wie schon ausgeführt, steht Deutschland innerhalb der EU an der Spitze, wenn es um Aufrüstung geht. In seiner ersten Regierungserklärung kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz an, die Bundeswehr zur „konventionell stärksten Armee Europas“ auszubauen. Kriegsminister Pistorius (SPD) stand Merz bei: „Unsere Sicherheit darf nicht durch haushaltspolitische Zwänge gefährdet werden.“ Daher dürfen für Rüstung und Krieg nach einer Änderung der Verfassung unbegrenzt Schulden aufgenommen werden.

Und seit einiger Zeit wird auch über „europäische Atomwaffen“ gesprochen. Da Deutschland sich verpflichtet hat, auf Atomwaffen zu verzichten, steckt der deutsche Imperialismus da in einer Klemme. Er müsste völkerrechtlich verbindliche Verträge brechen, um eigene Atomwaffen zu bekommen. Über „europäische Atomwaffen“ hätte er jedoch die Chance, Zugriff darauf zu bekommen. Die EU ist dabei das Vehikel, um die Verträge auszutricksen. Es gibt bereits eine „hochrangige Nuklear-Steuerungsgruppe, an der auch Deutschland beteiligt ist...“ (Deutschlandfunk, 11.3.26)

Schlussfolgerungen

Der Kriegskurs der Regierung ist brandgefährlich. Je mehr Deutschland sich zum Herrscher über Europa aufschwingen will, umso mehr werden andere imperialistische Mächte dagegen arbeiten. Die Widersprüche nehmen zu. Die Gefahr, dass der Kampf um die Vorherrschaft gewaltsam mit einem Krieg ausgetragen wird, steigt.

Was Krieg für das Volk und die Arbeiterklasse bedeutet, kann man derzeit gut im Nahen Osten sehen. Da Deutschland in der Mitte Europas liegt, ist es beim Kampf um die Neuaufteilung der Welt von zentraler Bedeutung und wäre damit immer auch ein zentrales Konfliktfeld in einem Krieg. Hier würden entscheidende Schlachten stattfinden. Was das bedeutet, konnte man gut im Zweiten Weltkrieg sehen: Großflächige Zerstörung. Mit modernen Waffen oder gar Atomwaffen wäre die Zerstörung um ein Vielfaches größer. Für die Arbeiterklasse und das Volk ist es daher lebenswichtig, gegen diesen Kriegskurs zu kämpfen. ★

Rheinmetall kauft Lürssen-Werften

Rüstungsgigant

Made in Germany

Der Rüstungskonzern Rheinmetall kauft die Marinesparte von Lürssen, die „Naval Vessels Lürssen“ (NVL). Zu den Werften der NVL zählen die Traditionswerft Blohm+Voss sowie die Norderwerft in Hamburg.

Hinzu kommen noch zwei weitere Werften in Norddeutschland. Alle vier zusammen zählen insgesamt 2.100 Beschäftigte, wobei die Zahl in den vergangenen Jahren stark rückgängig war. Mit dem Ankauf der NVL wird Rheinmetall „zum Domäne übergreifenden Systemhaus“, wie Rheinmetallchef Armin Papperger sagt. Laut Rheinmetall kostet sie der NVL-Konzern rund 1,515 Millionen Euro, jedoch steht der Preis noch nicht endgültig fest.

„Domäne übergreifendes Systemhaus“

Schon zuvor war die Produktion von Kriegsschiffen ein Bestandteil des Geschäfts der NVL, jedoch bringt die Übernahme Rheinmetalls die durch die Bundesregierung angestrebte „Kriegstüchtigkeit“ qualitativ auf eine neue Stufe. Wird Rheinmetall also „zum Domäne übergreifenden Systemhaus“, kann der deutsche Staat in enger Kooperation mit ihm die Produktion maximal effizient für die Bedürfnisse der Kriegstüchtigkeit steuern. Denn es wird wesentlich einfacher und effizienter für den Staat, die Rüstungsproduktion zu lenken, wenn diese in einigen wenigen, großen Unternehmen gebündelt ist. Hinzu kommt im Vergleich zu früheren Jahren die schnelle und unkomplizierte Beschaffung von sehr viel Geld, was für Investitionen in die Rüstungsindustrie genutzt wird. Armin Papperger, CEO von Rheinmetall, verwies im vergangenen Jahr auf die weniger profitable Wirtschaftslage europäischer Konkurrenten, wie TKMS aus Kiel, BAE Maritime aus Großbritannien, Fincantiere aus Italien, Naval Group aus Frankreich und Damen Naval aus den Niederlanden. Deutschland macht sich nun also auch bei der Produktion und Ausstattung von Militärschiffen auf den Weg, sich an die Spitze der Europäischen Verbündeten zu stellen. Ein Mordgeschäft für Rheinmetall.

Sichere Arbeitsplätze sind das nicht!

Die Verschiebung von ziviler hin zu militärischer Produktion, wirkt sich meist negativ auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Wenn dies durch die Übernahme durch einen Rüstungskonzern ausgelöst wird, dann muss klar sein, dass dieser Aufkauf nicht zur Rettung der Arbeitsplätze geschieht, sondern selbstverständlich die Ausdehnung der Produktion sowie die Steigerung der Unternehmensprofite zum Ziel hat. Das bringt häufig auch Rationalisierung, Entlassungswellen, Entgrenzung von Arbeitszeiten, Streichung von Boni und Arbeitsverdichtung mit sich. Schon 2016 wurden nach der Übernahme von Lürssen (zuvor Blohm + Voss) Überstunden, sowie Boni gestrichen, über 300 der damals 1000 Beschäftigten wurden entlassen.

Anders als oft gesagt bringen solche „Übernahmen“ keine Arbeitsplätze mit sich, geschweige denn retten sie die vorhandenen. Darüber hinaus werden mit der Umstellung auf Rüstungsproduktion massiv Arbeitsplätze vernichtet. So werden sich die Unternehmen und Investoren rund um die Rüstungsproduktion konzentrieren, weil diese von staatlicher Seite aus stark gesteuert und finanziert wird, was für die Unternehmen eine gewisse Planbarkeit sowie eine mögliche Beeinflussbarkeit der Nachfrage bedeuten kann. Das hat zur Folge, dass sowohl staatliche als auch private Investitionen in die zivile Produktion ausbleiben, das heißt, dass an anderer Stelle Arbeitsplätze vernichtet werden. Außerdem erzeugt zivile Produktion, im Gegensatz zu militärischer, sogenannte „Folgeeffekte“. Sprich: aus den hergestellten Gütern entstehen weitere Dienstleistungen, wie beispielsweise die Reparatur oder Wartung von Autos. Eine Rakete ist abgeschossen und explodiert. Sie schafft keine weiteren positiven „Effekte“, dazu tötet sie Menschen.

Die Übernahme der Unternehmen durch Rüstungskonzerne dürfen wir somit nicht als Sicherung oder als Chance für mehr Arbeitsplätze sehen, sondern müssen als einen aktiven Eingriff in unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen verstanden werden. ★



Gespräch mit der Roten Hilfe „Eine demokratische Gesellschaft muss gerade kritische und oppositionelle Stimmen aushalten“

Ende des letzten Jahres wurde eine Welle an Kontoauflösungen gegen mehrere fortschrittliche Vereine und Organisationen losgetreten.

Die Angriffe auf unsere demokratischen Rechte und die Repressionen gegen fortschrittliche Organisationen kommen damit immer konkreter zum Ausdruck. Das sogenannte „Debanking“ traf mitunter Konten der Roten Hilfe, die seit Jahrzehnten juristisch für diejenigen tätig werden, die von staatlichen Repressionen betroffen sind und wegen politisch motivierter Taten strafrechtlich verfolgt werden. Wir haben mit dem Verein über die Angriffe und ihre Hintergründe gesprochen.

Als Rote Hilfe wurde euch seitens der GLS-Bank und der Sparkasse Göttingen innerhalb weniger Tage beide Konten gekündigt. Was wurde euch vorgeworfen und welche Gründe wurden angeführt, die diese Kontoauflösungen legitimieren sollten?

Konkrete Vorwürfe wurden uns zunächst überhaupt nicht gemacht. Beide Banken kündigten die Konten ohne Begründung bzw. verwiesen lediglich pauschal auf ihre AGB. Erst nachdem wir juristisch gegen die Kündigung vorgegangen waren, schob die Sparkasse Göttingen im Verfahren Gründe nach. Dabei ging es um einen angeblich erhöhten Prüfaufwand im Zusammenhang mit einer politischen Entscheidung der US-Regierung sowie um mögliche Reputationsrisiken. Für uns zeigt dieser Vorgang vor allem ein grundsätzliches Problem: Wenn Banken beginnen, Geschäftsbeziehungen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgrund politischer Zuschreibungen oder äußerer Drucklagen zu beenden, wird der Zugang zu grundlegender Infrastruktur politisiert.

Im Januar 2026 wurde vom Landgericht Göttingen im Eilverfahren entschieden, dass die Sparkasse Göttingen das Konto vorerst nicht kündigen darf. Was führte das Gericht als Begründung aus? Wie habt ihr die Solidarität in dieser Zeit erlebt?

Das Landgericht Göttingen hat die Kündigung als rechtswidrig bewertet und die Sparkasse verpflichtet, das Konto weiterzuführen. In der Begründung stellte das Gericht klar, dass politische Entscheidungen oder Listungen eines Drittstaates keine ausreichende Grundlage für eine Kontokündigung durch eine deutsche Bank darstellen. Auch der behauptete erhöhte Prüfaufwand sei nicht konkret dargelegt worden, und ein möglicher Reputationsschaden sei ebenfalls kein rechtlich tragfähiger Kündigungsgrund. Parallel dazu haben wir eine enorme Welle der Solidarität erlebt. Tausende Menschen haben unseren offenen Brief unterzeichnet, über tau-

send sind in kurzer Zeit neu in die Rote Hilfe eingetreten. Diese Unterstützung hat deutlich gemacht, dass viele Menschen sehr sensibel darauf reagieren, wenn kritischen Organisationen der Zugang zu grundlegender Infrastruktur entzogen werden soll.

Die Entscheidung fiel vorerst im einstweiligen Rechtsschutz und die Sparkasse Göttingen legte Berufung ein. Wie geht es für euch im Prozess jetzt weiter? Welche gravierenden Folgen hätte es für euch, wenn die Kontoauflösungen durchgesetzt werden sollten?

Das Verfahren mit der Sparkasse geht nun in die nächste Instanz. Wir gehen davon aus, dass sich die klare Einschätzung des Landgerichts auch im weiteren Verfahren bestätigen wird. Mit der GLS-Bank konnten wir inzwischen eine Lösung finden, sodass dort eine Fortführung der Geschäftsbeziehung möglich ist. Für einen bundesweit tätigen Verein wie die Rote Hilfe sind funktionierende Bankkonten eine elementare Voraussetzung seiner Arbeit. Über sie laufen Mitgliedsbeiträge, Rechtshilfefonds und Unterstützungsleistungen für von politischer Repression Betroffene. Wenn Banken politisch missliebigen Organisationen Konten entziehen können, wäre das ein gefährlicher Präzedenzfall, der weit über unseren Verein hinausreicht.

Wir erleben insbesondere in den letzten Monaten stärker werdende Angriffe auf demokratische Rechte. In welchen Kontext würdet ihr die jüngsten Angriffe auf euch einordnen?

Wir sehen diese Vorgänge als Teil einer breiteren Entwicklung. Politische Repression, verschärfte Polizeigesetze und eine zunehmende Stigmatisierung antifaschistischer und linker Strukturen prägen seit Jahren das politische Klima. Wenn nun zusätzlich versucht wird, Organisationen über sogenannte Debanking-Praktiken den Zugang zu grundlegender Infrastruktur zu entziehen, verschärft sich dieser Druck weiter. Eine demokratische Gesellschaft muss jedoch gerade kritische und oppositionelle Stimmen aushalten. Der Zugang zu grundlegender Infrastruktur darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob die politische Arbeit einer Organisation opportun erscheint oder nicht.

Vielen Dank für das Interview! ★

ÜBER 100 EURO FÜRS VOLLTANKEN

Es ist nichts Neues, dass in Kriegs- und Krisenzeiten Preise ansteigen. Doch warum ist das so und warum müssen wir als arbeitende Bevölkerung dafür zahlen?

Muss man in diesen Tagen tanken, um zur Arbeit zu kommen, die Kinder zu Terminen zu bringen oder wichtige Erledigungen zu machen, muss man tief in die Taschen greifen: So zahlt man für einen Liter Diesel an der Tanke derzeit über 2 Euro. Fällt auf den gleichen Tag der Wocheneinkauf, ist man schnell jede Menge Geld los. Erklärt wird der krasse Preisanstieg an den Zapfsäulen in den großen Medien mit dem Krieg, den Israel und die USA gegen den Iran begonnen. Es ist nichts Neues, dass in Kriegs- und Krisenzeiten Preise ansteigen. Doch warum ist das so und warum müssen wir als arbeitende Bevölkerung dafür zahlen?

Krieg im Nahen Osten, Preisexplosion an der Tanke: Warum?

Neben Venezuela liegen die größten extrahierbaren Erdölvorkommen im Nahen Osten. Saudi-Arabien und der Iran verfügen über $\frac{1}{4}$ der weltweiten Erdölvorkommen. Die Straße von Hormus, die momentan in aller Munde ist, ist dabei ein wichtiger Transport- und Lieferkettenweg. 20 Prozent des weltweiten Verbrauchs von Öl passiert tagtäglich die 50 Kilometer schmale Straße von Hormus. Nachdem die USA sich durch die Entführung Maduros die Erdölvorkommen Venezuelas unter den Nagel gerissen haben, ist als nächstes der Iran dran. Zusammen mit Israel führen die USA einen imperialistischen Angriffskrieg, woraufhin die Straße von Hormus vom Iran gesperrt worden ist. Konkret bedeutet das, dass seitdem kaum Schiffe mit Öl den Seeweg passieren. Insgesamt gibt es also weniger Öl, das gerade transportiert wird und auf das die Industrien und Verbraucher weltweit angewiesen sind. Innerhalb des kapitalistischen Systems, dessen Ziel es ist, möglichst viel Profit aus Waren zu schlagen, wird das Öl, das nun eine knappere Ware ist, an den Meistbietenden

mit möglichst hohen Gewinnen verkauft. Ölkonzerne verdienen in Deutschland seit Beginn des Krieges jeden Tag 21 Millionen Euro zusätzlich.

Wie Öl an der Börse gehandelt wird

Öl ist nicht nur ein Rohstoff, der gefördert, transportiert und verarbeitet wird – es ist auch ein Objekt gigantischer Finanzspekulation. An Börsen wie der New York Mercantile Exchange (NYMEX) oder der Intercontinental Exchange (ICE) wird Öl hauptsächlich über sogenannte Futures-Kontrakte gehandelt. Dabei geht es meist gar nicht um den unmittelbaren Kauf von echtem Öl. Stattdessen werden Verträge über zukünftige Lieferungen gekauft und verkauft. In Wirklichkeit wechseln dabei vor allem die Verträge selbst ständig den Besitzer. An diesem Markt treten verschiedene Akteure der herrschenden Klasse auf: Ölkonzerne wie ExxonMobil, Industrieunternehmen wie Fluggesellschaften oder Chemiekonzerne – aber vor allem große Finanzakteure wie Hedgefonds, Investmentbanken und Rohstofffonds. Die Finanzinvestoren verfolgen das Ziel, an steigenden Preisen zu verdienen. Sie wollen gar kein Öl kaufen oder liefern. Wenn große Fonds und Banken darauf wetten, dass der Ölpreis steigen wird, kaufen sie in kurzer Zeit enorme Mengen dieser Verträge. Dadurch steigt die Nachfrage nach Öl-Futures – und der Börsenpreis klettert nach oben. Andere Investoren sehen diese Bewegung und springen ebenfalls auf den Zug auf. Eine Spirale der Erwartungen entsteht: Alle hoffen auf höhere Preise und kaufen weiter. Diese Spekulation bleibt nicht auf die Börse beschränkt. Händler und Produzenten orientieren sich an den steigenden Börsenpreisen. Sie halten Öl zurück oder verlangen höhere Preise für ihre Lieferungen, weil sie darauf setzen, später

Preise, die uns aktuell wie eine Utopie vorkommen

noch mehr Profit zu machen. Dadurch kommt zusätzlich weniger Öl auf den Markt, die Knappheit wird verstärkt – und der Preis steigt weiter, obwohl sich an der tatsächlichen Fördermenge oft kaum etwas verändert hat. So wird der Ölpreis zunehmend von Finanzwerten bestimmt.

Deutschland bezieht kaum Öl aus dem Nahen Osten

Seit der Ölkrise Anfang der 70er Jahre, die Deutschland, das damals 75 % seiner Rohöl-Importe aus den arabischen Ländern bezog, hart getroffen hatte, hat sich Deutschland unabhängiger von Öl aus der Region des Nahen Ostens gemacht. Mittlerweile bezieht Deutschland die Sorte Brent aus der Nordsee, sowie weiteres Öl durch Pipelines direkt zu den Raffinerien. Ergo ist die deutsche Versorgung mit Öl nicht vom Transport durch die Straße von Hormus abhängig. Außerdem ist der Staat gesetzlich dazu verpflichtet, eine Reserve für mindestens 90 Tage anzulegen, die sogenannten strategischen Ölreserven, deren Zugang stark begrenzt ist. Auf diese Reserven könnte der Staat, wenn er uns unter die Arme greifen wollte, zurückgreifen. Im Ganzen bedeutet das: Erstens kommt unser Öl gar nicht aus der Region und zweitens verfügt der Staat über genug Reserven, um eine Knappheit auszugleichen und damit die Preise zu regulieren. Die Preise steigen trotzdem, denn aus der allgemeinen Sorge um Versorgungsengpässe pressen die Mineralölkonzerne Gewinne. Zuletzt hatten die Internationale Energieagentur (IEA) und die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) vor einem Überangebot an Rohöl gewarnt, weil dadurch die Gewinne der jeweiligen Konzerne gesunken sind. Mineralölkonzerne haben also zu günstigen Preisen Rohöl gekauft und diese bereits vor dem Krieg teurer an Raffinerien verkauft, um sich ihre Gewinne zu sichern. Jetzt können sie noch mehr Gewinn machen, indem sie die Krise ausnutzen, um ihr "kostbares" Öl an Raffinerien zu sehr hohen Preisen zu verkaufen. Die Raffinerien, die wiederum darauf aus sind, ihren Profit zu sichern, verkaufen Benzin und Diesel an die Tankstellen. Und zum Schluss sind wir es, die für die Profite ebendieser Konzerne (Aral, Shell, TotalEnergies und Esso) extrem hohe Tankpreise zahlen.

Reaktionen von Politik und Gewerkschaft

Auf die enorm ansteigenden Spritpreise und die berechtigte Wut darüber reagieren auch Politik und Gewerkschaft. Die Bundesregierung hat ein "Spritpreispaket" auf den Weg gebracht. Dieses sieht vor, dass Tankstellen statt 22-mal – wie es momentan möglich ist und passiert – nur einmal die Spritpreise am Tag erhöhen dürfen. Und zwar um 12 Uhr mittags. Obgleich es die Verbraucher vor immer höher kletternden Preisen innerhalb eines Tages schützt, ändert sich an der Gewinn gier der Mineralölkonzerne nichts. Mit Preisen, die um 12 Uhr erhöht werden, wird uns trotzdem das Geld aus den Taschen gezogen. Einen Preisdeckel für Öl und Benzin lehnt Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche strikt ab. Ihre Begründung: Staatliche Eingriffe in den Energiemarkt führten am Ende zu höheren Preisen. Wir sehen allerdings, dass die Preise unverändert in die Höhe klettern und ein Preisdeckel diese Spirale vorerst beenden könnte. Zwar regen sich Politiker wie Markus Söder über die klare Absprache zwischen den großen Mineralölkonzernen, die $\frac{2}{3}$ des deutschen Marktes beherrschen, auf und fordern, dass das Bundeskartellamt in Zukunft stärker eingreift und bei Verstößen sanktioniert, doch wird nicht erwähnt, inwiefern das Bundeskartellamt seit Jahren versagt. Bereits seit einem Jahr sollte eine Kontrolle der Mineralölkonzerne durch das Bundeskartellamt laufen. Noch ist nichts passiert.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund reagiert auf die Spritpreise. In der Presseerklärung heißt es: "Ungerechtfertigte Spekulationsgewinne müssen abgeschöpft, eine wirksame Preisaufsicht für Kraftstoffe eingeführt werden. Die Behörden müssen durchgreifen, um faire Preise durchzusetzen." Weiter heißt es: "Noch ist nicht absehbar, wie lange der Krieg anhält. Um eine Wiederholung der Energiepreisschocks von 2022 auszuschließen, muss die Bundesregierung effekti-

ve Anti-Krisen-Maßnahmen schnell aktivieren können. Die folgenden Vorkehrungen müssen jetzt getroffen werden: Im Bedarfsfall kann die Auszahlung einer Pauschale von 150 Euro pro Kopf als zu versteuerndes Einkommen Haushalte entlasten und die Konjunktur stützen. Zielgenaue Entlastungsinstrumente für Betriebe können gute Arbeit sichern und den Inflationsschock begrenzen. Im gewerblichen Bereich kann eine Spritpreislösung notwendig werden." Als wichtigste und größte Interessensvertretung der 5,4 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter muss der DGB klar an der Seite der Arbeiterklasse stehen. Statt Entlastungspakete für Industrie und Betriebe zu fordern wie hier, sollten Maßnahmen gefordert werden, die zur sofortigen Entlastung der Arbeiter führen. Begründet werden die arbeitgeberfreundlichen Entlastungspakete mit der Sorge, dass hohe Preise für Öl und Gas zu einer Mehrbelastung der Unternehmen führen und auf diese Mehrbelastung mit Standortverlagerung und Entlassung reagieren. Entlastungspakete für die Industrie werden jedoch nicht zu einer Entlastung von uns führen. Im Gegenteil: Unternehmen und Industrie sind immer noch einer Profitmaximierung aus und nehmen Entlastungspakete freudig an, um eigene Kosten auf der einen Seite zu sparen und ihren Gewinn auf der anderen Seite zu steigern. In der Konsequenz bedeutet das, dass Unternehmen durch das Entlastungspaket für Gas und Öl subventioniert werden sollen, während wir uns an der Zapfsäule trotz dessen dumm und dämlich zahlen. Es bedeutet, dass Unternehmen mehr Geld in die Tasche gesteckt werden, während wir mit unserem Gehalt kaum Miete und Lebensmittel bezahlen können. Die vom DGB geforderte Spritpreislösung für soziale Dienste, in Verkehr und Logistik sollte ausgeweitet werden, um uns tatsächlich Abhilfe zu schaffen.

Nicht nur die Spritpreise klettern in die Höhe

Die Kosten werden nicht nur an der Zapfsäule auf uns abgewälzt, sondern z.B. auch an der Supermarktkasse. Die Golfregion spielt eine zentrale Rolle im globalen Handel mit anorganischen Düngemitteln und verantwortet etwa ein Drittel des weltweiten Umschlags. Gerade zu diesem Zeitpunkt im landwirtschaftlichen Jahresverlauf starten von dort zahlreiche Schiffe in Richtung der bedeutendsten Agrargebiete weltweit. Schon mit dem Krieg in der Ukraine ist die Produktion und der Export von Düngemitteln eingebrochen, wodurch das Angebot knapper geworden war. Daraus schlagen große Düngemittelkonzerne wie Yara International ASA Profit. Die Kosten werden weitergegeben, um die eigenen Profite hochzuhalten. Und das machen alle weiteren Konzerne ebenso. Ähnlich wie beim Öl beherrscht eine Handvoll großer Lebensmittelkonzerne den deutschen Markt. 85% werden von Edeka, Rewe, der Schwarz-Gruppe, zu der Lidl oder Kaufland gehören und Aldi. Die vier Monopole können sich absprechen und Preise so über die gesamte Wertschöpfungskette setzen, um möglichst viel Profite rauszuschlagen. Im Durchschnitt sind Nahrungsmittel heute rund 35 Prozent teurer als noch im Jahr 2020. Da die Reallöhne mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten konnten, hat die steigende Lebensmittelpreise die soziale Ungleichheit und Armut weiter verschärft. Auf der anderen Seite machen bspw. Rewe mehr als 700 und Edeka mehr als 600 Millionen Euro Gewinn.

Preisdeckelung jetzt!

Die Preise an der Tanke, die vielen von uns neben den weiteren Kosten wie Miete, Lebensmittelpreisen und anderen Lebenshaltungskosten das letzte Hemd ausziehen, zeigen einmal wieder, dass wir die Krisen ausbaden sollen. Wir sind nicht bereit, für ihre Krisen, Spekulationen und Gewinne tiefer in die Tasche greifen zu müssen. Deshalb fordern wir einen Preisdeckelung für Spritpreise an der Tanke! Auch die Lebensmittelpreise an der Supermarktkasse sind für uns nicht tragbar. Es braucht eine tatsächliche Kontrolle und Transparenz bzgl. der Lebensmittelpreise. In der Konsequenz bedeutet das, die großen Monopole zu enteignen und zu verstaatlichen. Die angekündigte Task Force der Bundesregierung scheint über keinen Plan zu verfügen, der uns vor der Armut schützen kann. ★

WIE ZWEI RADIKALE INDIVIDUEN VERSUCHEN, DIE SCHULSTREIK-BEWEGUNG ZU DEMOBILISIEREN

Im Vorlauf zum letzten Schulstreik sind zwei Stimmen laut geworden, die man wohl am besten als radikale Individuen bezeichnen kann.

Ole Nymoen, der zuletzt einer breiteren Öffentlichkeit durch sein Buch über Kriegsverweigerung bekannt geworden war, und sein Kumpane Simon David Dreßler, ebenfalls Social Media Persönlichkeit und eine öffentliche Stimme gegen die Wehrpflicht, attestieren der Schülerbewegung eine unterwürfige „Bittstellerei“ gegenüber dem Staat. Das sagen sie nicht irgendwo, sondern sie nutzen ihre Plattform und veröffentlichen ihre Polemik öffentlichkeitswirksam in der Berliner Zeitung. Die Schülerbewegung solle unterlassen, Forderungen an den Staat und seine Regierung zu stellen. Der Ausweg aus diesem von ihnen gezeichneten Irrweg ist für die beiden Kumpanen dabei so einfach, wie radikal: anstelle der langwierigen Aufbauarbeit von unten, der mühseligen Schaffung von Bewusstsein und Selbsterfahrung, der Organisation anhand von aktuellen Forderungen, bedarf es einfach einer radikalen Verweigerungshaltung gegenüber staatlicher Kriegspolitik, die Simon David mit den zugespitzten Worten „ne, wir haben keinen Bock“ zusammenfasst. Diese Haltung der beiden, die zuletzt zum offenen Angriff gegen die Schulstreikbewegung führte, zeigt sich jedoch schon länger und hat Potenzial, Verwirrung zu stiften.

Woher kommen Kriege?

Das von Ole geschriebene Buch „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde“ stieß in den bürgerlichen Medien auf ein großes Echo. Der permanent und allseitig wiederholten herrschenden Propaganda, sich auf Kriege vorbereiten zu müssen und kriegstüchtig zu werden, setzte sich ein aufmüpfiger junger Rebell entgegen, der mit dem Verweis auf sein individuelles Interesse, nicht sterben zu wollen, dem staatlichen Gewaltmonopol zu trotzen schien. Für ihn sind Kriege und Kriegsvorbereitungen Konsequenzen aus der „Ei-

genlogik staatlicher Machtpolitik“.¹ Doch woraus diese Eigenlogik konkret besteht und woher nun diese Macht kommt, bleibt offen. Staaten führten Kriege, um sich zu reproduzieren. Denn „Staaten“ sind laut Ole „Geschöpfe von Jahrhunderten von Kriegen; sie sind Ausdruck davon, dass irgendwann einmal Menschen über andere Menschen Macht erlangt haben und dass sie diese immer weiter ausbauen konnten“.² Doch wie Menschen Macht über andere Menschen erlangen konnten, das führt Ole wieder nicht weiter aus. Im Gegenteil, er kritisiert sogar Theorien, die versuchen, die Ursachen für Kriege aufzudecken.

Ole contra Lenin

Ole entnimmt das meiste seiner theoretischen Erörterungen aus der Logik der Politischen Vierteljahresschrift „Gegenstandspunkt“, die vor allem im akademischen Bereich gelesen und diskutiert wird. Auf ihre Theorien gestützt kann er es sich nicht verkneifen in seinem Buch, das eigentlich eine wichtige Rolle spielen könnte, um den Kriegstüchtigkeits-Wahnsinn etwas entgegenzusetzen, die für ihn ungenügende Leninsche Imperialismustheorie in einem ganzen Kapitel zu kritisieren. Mit der Kritik an Lenin wird klar, warum sich Ole in den Bereich der Mystik verabschiedet,

¹ Siehe Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde. Nymoen. S. 52
² Ebd. S.57



wenn es darum geht, die Ursachen von Kriegen zu erklären. Ganz im Geiste des Gegenstandpunktes behauptet er, dass Lenin die Geschichte des imperialistischen Weltsystems und seiner Subjekte auf eine Art Verschwörung des Finanzkapitals zurückführe. Politik, und damit auch imperialistische Politik, würde nach Lenin auf die bloße Eroberung dieses oder jenes Rohstoffes reduziert, welche quasi per Dekret durch die Finanzoligarchie verordnet wird.

Ole leistet mit seiner vereinfachenden Entstellung der Leninschen Theorie jedoch das Gegenteil ihres ursprünglichen vorgegebenen Zwecks. Er entkoppelt die Politik eines imperialistischen Staates von seinen ökonomischen und materiellen Bedingungen und macht ihn, seine „Eigenlogik“ und die „Eigenlogik“ seiner „Machtpolitik“ zum Urheber der angeblichen sekundären ökonomischen Verhältnisse. Produktionsverhältnisse, Klassenverhältnisse, Klasseengegensätze und die Genese des imperialistischen Staates aus den wirklichen vor-imperialistischen Verhältnissen weichen dieser „Eigenlogik“.

Monopole, Finanzkapitale etc. werden nicht mehr, wie bei Lenin, noch einer historisch-ökonomischen Analyse unterzogen, sondern in typisch bürgerlicher Manier als moralisierende Verschwörung gebrandmarkt. Diese „Kritik“ wird dadurch selbst zu einer mystifizierenden Verschwörung. Denn aus dem Staat als Instrument der herrschenden Klasse wird die „Gewalt“, die nicht mehr die herrschende Klasse als solche in ihrer Existenz und mit ihrer Herrschaft nach innen wie nach außen absichert. Der Staat wird „als eine dritte Macht gegen [die] herrschende Klasse konstituiert“.³ Die „Gewalt“ herrscht nicht mehr als Klassenstaat, sondern als über den Klassen stehende Instanz. So verwandelt Ole den „Staat [...] in eine Person, ‚den Gewaltigen‘“, der Kriege führt, die in seinem Interesse, aber nicht im Interesse der herrschenden Klasse seien.⁴ Mittels dieser Nymeonschen Mystik werden imperialistische Kriege zu unsinnigen Kriegen verklärt, die nicht mehr auf die materiellen Bedingungen, auf die Klassenverhältnisse zurückgeführt werden können, sondern eben in die Sphäre einer verworrenen „Eigenlogik“ fallen.

Die scheinbare Eigenlogik des Staates

Den Staaten entgegengesetzt sind nach Ole nun die Staatsbürger, die wiederum in ihrer Gesamtheit das Volk bilden. Die staatlichen „Gewaltmonopolisten“ aber haben „sich ihr eigenes Volk erst selbst geschaffen“.⁵ Über dieses Volk verfügen sie und bringen es gegen andere Völker, die wiederum von anderen konkurrierenden Staaten geschaffen wurden, in Stellung. Warum tun diese Staaten das? Ole würde antworten: natürlich aufgrund der „Eigenlogik staatlicher Machtpolitik“, mit der die Bürger nichts zu schaffen haben, sondern als Menschenmaterial hinhalten müssen.

Anstatt den Gegensatz zwischen den Klassen zu sehen, in dem die eine Klasse die andere ausbeutet und für ihre Profitinteressen Kriege auf der ganzen Welt führt, während die andere Klasse, auch durch staatlichen Zwang, in diese Kriege gezwungen wird (wie wir an der drohenden Wehrpflicht sehen) ist also der eigentliche, für Ole alles bestimmende Interessensgegensatz der zwischen Staat und Individuum. Die einzige Antwort gegen die staatliche Zwangs- und Machtpolitik und ihrer „Eigenlogik“ ist also für ihn eine grundsätzlich individuelle Antwort: radikale Verweigerungshaltung gegen den staatlichen Einzug in Kriegszeiten.

Individuum und Klassenbewusstsein

Die Beherrschten seien eine Ansammlung von Staatsbürgern, die in aller erster Linie begreifen müssten, dass es da einen Staat gibt, der nicht in ihrem Interesse handelt. Ihr Interesse sei ihr individuelles Leben und das hätten sie ja schon längst erkannt. Daher bedarf es keines über ihr individuelles Bewusstsein hinausrei-

chendes Klassenbewusstsein oder eines Verständnisses von Klasseengegensätzen.

Indem die beiden Kumpanen nur Individuen kennen, kann sich ihr Lösungsrezept nicht über den individuellen Ungehorsam und dem bloßen Ausspruch radikaler Ideen hinausbewegen. Jede kollektive Forderung muss sich für Ole und Simon David aus ihrer eigenen Logik heraus wie eine unterwürfige Bittstellerei einer Masse von losen Individuen anhören. Indem das Individuum fordert, bittet es und indem es bittet, negiert es dabei sein Eigeninteresse.

Diesen radikal anmutenden Individualismus hinter sich gelassen dienen Forderungen jedoch in erster Linie der Schaffung eines Bewusstseins für die eigenen über das eigene individuelle Leben und Erleben hinausgehenden gemeinsamen Interessen. Die Organisation um Forderungen herum stärkt nicht nur die Selbstorganisation, sondern schafft auch kollektive Selbsterfahrung. Forderungen, die im richtigen Moment den Nerv der Zeit treffen und Massen mobilisieren können, schaffen also eine ganz andere Form der Anerkennung, die für Ole und Simon David befremdlich erscheinen mag: die Anerkennung der gemeinsamen Interessen als lernende und arbeitende Jugend, die mit den Interessen der Arbeiterklasse zusammenfallen und der herrschenden Klasse und ihres Staates diametral entgegengesetzt sind. Diese Selbsterkenntnis ist nur durch praktische und konkrete Kämpfe zu machen, nicht durch bloße Parolen über das ureigenste Interesse als Individuum, über sein eigenes Leben verfügen zu wollen.

Stärkung der Bewegung statt Vereinzelung

Das alles bringe aber nichts. Denn das Individuum wird trotz ein paar nett gemeinter Forderungen schließlich doch im Schützengraben landen. Die Wehrpflicht wird kommen, komme was wolle! Dieser Zynismus zersetzt grundsätzlich jegliche praktische Aufbauarbeit. Jede positive Zielsetzung und Forderung sei Bestätigung und daher Stabilisierung der bestehenden herrschenden Verhältnisse. Daher die negative Verweigerungshaltung, die individuelle Abkehr von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, um den eigentlichen radikalen Bruch zu leisten! Für beide ist klar, dass sich die Bewegung durch eine solche Radikalisierung verkleinern und marginalisieren würde, wenn sie endlich von ihrem bloß reformerischen Getue mit ihren zahmen Forderungen abbrückt. Eine kleine kritisch-radikale Masse an aufgeklärten Individuen würden Ole und Simon David schon genügen, um den Kampf mit dem Staat zuzuspitzen. Eine inhaltliche Radikalisierung statt einer Verbreiterung ist also die Zielsetzung. Was diese winzig-kritisch-radikalisierten Personengruppen erreichen sollen, wissen die beiden Kumpanen wohl am besten und behalten es daher auch erstmal für sich.

Um die Schulstreikbewegung für zukünftige Kämpfe zu stärken, braucht es eine Verbindung zu anderen sozialen Kämpfen und der Arbeiterbewegung. Dabei darf nicht bloß die individuelle Selbstbestimmung über Kriegsdienstverweigerung mitschwingen. Der Zusammenhang zwischen Wehrpflicht, der allumfassenden Militarisierung sozialer Bereiche, der Kürzungen, der Arbeitskämpfe, der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Lage des deutschen Imperialismus muss stärker aufgezeigt werden, um die Streikbewegung zu verbreitern, ohne sie gleichzeitig zu marginalisieren. Dafür braucht es aber gerade keine individuelle Radikalisierung einiger weniger, die sich von den Massen abspalten und abheben, sondern die Fortsetzung und Vertiefung der konkreten Arbeit bewusster und organisierter Kräfte in den Bewegungen, die diese Bewegungen voranbringen. Ohne die Verbreiterung von Analysen der wirklichen Verhältnisse, des deutschen Imperialismus, der herrschenden Klasse, des imperialistischen Weltsystems und ohne die Stärkung des Bewusstseins der Jugend und der Arbeiterklasse, werden die Oles und Simon Davids der Welt immer wieder aus der Ecke gekrochen kommen und uns zurufen: das Individuum ist alles, die Klasse nichts! ★

³ Siehe MEW. Band 3. S.339

⁴ Ebd.

⁵ Ebd. S. 58

Seit eh und je wird die NATO zum unschuldigen und friedensstiftenden Verteidigungsbündnis verklärt.

Die NATO-Propaganda hatte im Zuge der russischen Invasion in die Ukraine nochmal zugenommen, da sich die NATO als scheinbare Verteidigerin angegriffener Länder präsentieren konnte. Doch gleichzeitig bröckelt das Bild einer friedliebenden Organisation. Nicht zuletzt durch das immer aggressivere Auftreten der USA als Gründungsland und wichtigster Akteur der NATO, wird deutlich, dass Selbstverständnis und Wirklichkeit immer weiter auseinanderklaffen und diese Kluft nicht mehr so einfach mit der herrschendem Propaganda verringert werden kann. Zeit also sich anzusehen, was die NATO überhaupt ist, warum sie gegründet wurde und warum sie alles andere als eine Friedensorganisation ist.

NATO-Aktivitäten während der Jahre des Kalten Krieges

Im Jahr 1953 in Korea ausgebrochenen bewaffneten Konflikt unterstützte die UNO Südkorea; eine internationale Koalition schloss sich ebenfalls auf der Seite Südkoreas dem Krieg an. Die Beteiligung der UNO an diesem Krieg ergab sich daraus, dass drei der fünf ständigen Mitglieder

des UN-Sicherheitsrats NATO-Mitglieder waren und die Sowjetunion aus Protest gegen die Nichtvertretung der Volksrepublik China in der UNO nicht an der Abstimmung teilnahm, woraufhin der Rat auf Anweisung der NATO-Mitgliedstaaten einen Beschluss zur militärischen Intervention fasste. Die Entsendung von Soldaten durch die Türkei, um der NATO beitreten zu können, zeigt deutlich, dass der als UN-Beschluss gefasste Koalitionsbeschluss in erster Linie ein Schritt zur Bildung des militärischen Arms der NATO war. Auch wenn dieses Ereignis als einseitiger Angriff Nordkoreas auf internationaler Ebene dargestellt wurde, muss man tiefer in die geschichtliche Entwicklung eintauchen.

Vor 1953 und in den Jahren davor führte der unter der Aufsicht amerikanischer Truppen stehende südkoreanische Staat mittels Polizei und paramilitärischer Gruppen Angriffe gegen Gruppen durch, die er des Kommunismus verdächtigte. Zu den größten dieser politischen Angriffe zählen die Ereignisse, die als „4.3 Jeju-Massaker“ in die Geschichte eingegangen sind und bei denen 30.000 Menschen ums Leben kamen. Die USA haben diese unter ihrer Verwaltung stattfindenden Ereignisse stillschweigend geduldet und waren daran beteiligt. Dass Südkorea trotz dieser mörderischen und repressiven Politik durch NATO-Druck von der UNO unterstützt wurde, zeigt, dass Konzepte wie Menschenrechte und Meinungsfreiheit nicht auf der Agenda der NATO stehen. Das war auch von einer Organisation zu erwarten, die von den USA angeführt wird, die Jahre später zugab, im Koreakrieg beim Massaker von No Gun Ri „versehentlich“ fast 200 Flüchtlinge erschossen zu haben.

Nachdem die NATO mit ihrer Politik zur weltweiten Ausbreitung des Imperialismus, die sich an den Bedürfnissen des ihr angehörenden Kapitals orientieren, eine Machtübernahme der Arbeiterklasse in Korea verhindert hatte, richtete sie ihren Blick auf Vietnam, das Kolonial- und Absatzgebiet des französischen Kapitals. Der Kampf der Viet Minh gegen die französischen Kolonialherren war erfolgreich, trotz der Bemühungen der USA, ihre Verbündeten mit Waffen und Ausrüstung zu versorgen. Das Vakuum, das der französische Imperialismus durch seinen Rückzug hinterlassen hatte, füllte der US-Imperialismus und errichtete in Südvietnam sein eigenes Regime. Anschließend verweigerte die USA die Umsetzung der Klausel, wonach gemäß dem beim Rückzug Frankreichs unterzeichneten Abkommens in ganz Vietnam Wahlen stattfinden sollten. Als dann der Vietnamkrieg ausbrach, stationierte die USA Truppen in der Region, um den Süden zu unterstützen. Die Luftangriffe der USA, die darauf abzielten, den von Nordvietnam genutzten Ho-Chi-Minh-Pfad unbrauchbar zu machen, führten in Kambodscha zum Tod von 100.000 Zivilisten und machten Laos zum am stärksten bombardierten Land der Welt.

Kriegsverbrechen der amerikanischen Kriegsmaschinerie in Vietnam, wie das Massaker von My Lai, das 500 Zivilisten das Leben kostete, sowie der chemische Krieg, den sie mit dem Einsatz von Napalm (Agent Orange) führte, das bis heute bei Kindern verschiedene Muskel- und Knochenerkrankungen verursacht, sind ein deutlicher Beweis dafür, wie brutal das Gründungsmitglied der NATO im Kampf gegen den Kommunismus vorgegangen ist.

Bilanz einer Friedensmacht

Nach den Sowjets ist nun die ganze Welt an der Reihe

Auch wenn die erste militärische Intervention der NATO offiziell als die Besetzung des Irak nach dem Kalten Krieg dargestellt wird, sind die Verbrechen, die die unter dem Dach der NATO organisierten imperialistischen und kapitalistischen Länder unter verschiedenen Namen gemeinsam gegen den antiimperialistischen und kommunistischen Kampf begangen haben, eine direkte Folge der Ideologie und der Methoden dieses Kriegsbündnisses. Mit dem Zerfall der Sowjetunion änderte das Kriegsbündnis seine Politik und Methoden und strukturierte sich neu. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die militärischen Interventionen, die es über die UNO und andere Koalitionen durchgeführt hatte, um den Anschein eines „Verteidigungsbündnisses“ zu erwecken, nun direkt unter dem Namen der NATO durchgeführt, gestützt auf die Stellung der USA als einziger weltweiter Hegemonialmacht.

Die Intervention der Organisation im jugoslawischen Bürgerkrieg ist ein Thema, zu dem zahlreiche Menschenrechtsorganisationen Berichte verfasst haben. Die Luftangriffe, die im heutigen Serbien und Kosovo unter dem Vorwand der „Sicherung des Friedens“ und der „Beendigung der Massaker“ durchgeführt wurden, führten erneut zu Massakern. Die unterlassenen Vorsichtsmaßnahmen und die wahllosen Nachtbombardements in Gebieten, in denen sich Zivilisten aufhalten könnten, führten während des Krieges zum Tod von etwa 500 Zivilisten. Ich möchte hinzufügen, dass während dieser Interventionen auch die chinesische Botschaft in Serbien von der NATO bombardiert wurde und dass die anschließende Feststellung, dies sei ein Fehler gewesen, zeigt, wie diese Angriffe ohne Rücksicht auf zivile Opfer durchgeführt wurden.

In der Zeit nach dem Kalten Krieg kam es zu imperialistischen Konflikten um die Aufteilung der Beute innerhalb des Bündnisses, da keine vereinte und organisierte antiimperialistische Front gegen die NATO gebildet worden war. Die von französischem und deutschem Kapital angeführte Opposition trat gegen die Entscheidungen der Organisation ein, die den Bedürfnissen des amerikanischen Kapitals entsprachen, und verschärfte damit den Kampf um die Anteile an dieser Aufteilung. Diese Spaltung innerhalb der NATO zeigte sich darin, dass die Verbündeten, die im ersten Golfkrieg gemeinsam gehandelt hatten, im zweiten Golfkrieg nicht mehr zusammenarbeiteten. Sie unterstützten jedoch die Invasion, die mit Lügen über die Herstellung von „Massenvernichtungswaffen“ im Irak legitimiert wurde. Die Koalitionstreitkräfte, die ihre Ziele mit der Suche nach Massenvernichtungswaffen und dem Sturz der bestehenden irakischen Regierung sowie der „Demokratisierung“ des Landes begründeten, zogen sich nach Abschluss der Invasion und dem Sturz der Saddam-Regierung nicht aus dem Land zurück. Die imperialistischen Mächte, die die Besetzung des Irak unter dem Vorwand des Aufbaus eines neuen Staates fortsetzten, destabilisierten die Region, da sie sich auf die Plünderung der ober- und unterirdischen Ressourcen des Landes konzentrierten. Diese Entwicklung führte zur Stärkung islamistischer militanter Gruppen, die den konfessionellen Konflikt im Irak provozierten. Die Ereignisse während der Irak-Besetzung 2003 verdeutlichen, dass die Abenteuer, die die imperialistischen NATO-Mächte gemeinsam unternommen haben – zunächst in Afghanistan und später in Libyen unter dem Vorwand, Frieden und eine „demokratische Regierung“ in die Region zu bringen –, letztlich den Interessen der Rüstungsindustrie und verschiedener Kapitalgruppen diene.

Aktuell sind die Interessenkonflikte der Kapitalgruppen innerhalb der NATO mit dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine erneut zutage getreten. Angesichts des Expansionsstrebens des russischen Imperialismus und dessen Ziel, eine neue Hegemonialmacht zu werden, ist es das Bestreben der USA, die dominierende imperialistische Macht in der Welt zu bleiben. US-Kapitalgruppen, die beginnen, ihre Stellung in Märkten (wie z.B. in den Sektoren Energie und Technologie) gegenüber China und Russland zu verlieren, haben die NATO in Richtung Russland erweitert, um Russland, das enge Beziehungen zu China unterhält, zu schwächen. Betrachtet man die wirtschaftlichen Gründe hinter dieser Politik, so lässt sich sagen, dass die USA darauf hinarbeiten, die Verbündeten Chi-

nas – mit dem sie vor allem im Handelsbereich im Wettbewerb stehen – zu schwächen und die Verbündeten des amerikanischen Imperialismus weltweit mit Waffen und Ausrüstung auszustatten.

Deutschland und weitere EU-Länder nahmen bereits einige Jahre vor der russischen Invasion eine entscheidende Rolle im Kampf um die Ukraine ein. Der damalige Präsident der EU-Kommission Barroso erhöhte den Druck auf die pro-russische Regierung Janukowitsch, indem er ihn vor die Wahl stellte, sich zwischen der EU und Russland zu entscheiden. Janukowitsch entschied sich unter dem Druck Russlands gegen die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens. Die damaligen Maidan-Proteste wurden durch die Bundesregierung und weitere Verbündete massiv unterstützt, welche schließlich zum Sturz der Regierung Janukowitsch führten und die Installation einer pro-westlichen Regierung brachten, die das Abkommen unterzeichnete. Zu Beginn des Krieges 2022 nahmen die anderen Kapitalgruppen innerhalb der NATO (angeführt von Deutschland) bis zuletzt wiederum eine andere Haltung als die USA ein und forderten die Unterzeichnung des Minsk-2-Abkommens sowie den Verzicht auf eine militärische Intervention. Der damalige deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hatte vor dem Krieg Druck auf die Ukraine ausgeübt. In einer Erklärung auf einer Pressekonferenz in Moskau hatte Scholz angedeutet, dass der Ball nun bei den USA liege. Das US-Kapital, das den russischen Imperialismus als Bedrohung ansah, überzeugte Selenskyj davon, das Minsk-Abkommen nicht umzusetzen und die Angriffe auf die Regionen Donezk und Luhansk fortzusetzen. Mittlerweile haben sich die Vorzeichen umgekehrt: Die USA wollen die Hände frei für ihren Kampf mit China haben, während Deutschland und die EU massiv Militärhilfe leisten, um ihr Einflussgebiet Ukraine zu behalten.

Schließlich stellt die Tatsache, dass die NATO-Mitgliedstaaten den von Israel in Gaza begangenen Völkermord aktiv unterstützen, die Aufrichtigkeit der Rhetorik der Organisation über „Frieden im Nahen Osten“ in Frage. Die NATO, die unter dem Vorwand, die Bevölkerung Kuwaits und Libyens zu „schützen“, intervenierte, diese Regionen jedoch in Instabilität und Plünderung stürzte, hat sich nicht gegen den Völkermord ausgesprochen, den der Staat Israel – der Torwächter des US-Imperialismus – verübt, sondern hat über die ihr unterstellten Staaten Waffen und Munition geliefert.

Der derzeitige US-israelische-Krieg gegen die Völker des Iran verlängert die endlose Liste an Kriegen, die zur Stärkung der Kapitalgruppen der NATO-Verbündeten bereits geführt wurden. Zwar distanzierte sich Bundeskanzler Merz von seinen anfänglichen Worten der Unterstützung dieses aktuellen Verbrechens gegen die Völker in der Region. Doch bedeutet das keineswegs, dass der deutsche Imperialismus plötzlich auf Seiten der Völker stünde. Im Gegenteil beobachtete die Bundesregierung die Situation ganz genau, und gelang zum Schluss, dass ein schneller US-Sieg nicht mehr möglich ist und eine Ausweitung und Verlängerung des Krieges für die große Mehrheit des deutschen Kapitals nachteilig ist. Trotzdem wartet die Bundesregierung ab, um nach Kriegsende, also auf den Trümmern des verbrecherischen Krieges des US-Imperialismus, seine ökonomische und wie auch geostrategische Neupositionierung in der Region vorzunehmen. Derweil unterstützt der deutsche Imperialismus als NATO-Mitglied diesen Krieg mit Waffen und Militärbasen wie Rammstein in Rheinland-Pfalz. Die NATO als Kriegsorganisation, die die internationalen Interessen der Großkapitalgruppen schützt, ist die größte Bedrohung für Frieden und Menschlichkeit. Die Beendigung der imperialistischen Aufteilungskriege, die von den Großkapitalgruppen angezettelt werden, um mit Kriegen Geld zu verdienen, und die Herstellung eines dauerhaften Friedens in der Welt sind nur durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker möglich. Abschließend wiederholen wir unseren Aufruf: Wir müssen aus der NATO austreten, deren Geschichte von Verbrechen gegen die Menschheit und gegen den Frieden geprägt ist, und schließlich die NATO-Stützpunkte schließen, die letztlich der Unterstützung der imperialistischen Kriege dienen. ★

Schadet die Zivilklausel der Wissenschaftsfreiheit?

In Deutschland gilt laut Papier die Wissenschaftsfreiheit. In der deutschen Verfassung, dem Grundgesetz, heißt es im Artikel 5: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue der Verfassung.“



In Deutschland soll diese Freiheit für die rund 3 Millionen Studierenden und die 800.000 Beschäftigten gelten. Derzeit werden die Universitäten von Politik und Wirtschaft aufgefordert, zunehmend militärische Forschung zu betreiben, um die nächsten Drohnen und Kriegsgeräte zu erforschen. Demgegenüber steht die Zivilklausel, die Forschung und Lehre für militärische Zwecke untersagt. Ist die Zivilklausel also ein Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit?

Wissenschaftsrat fordert mehr militärische Forschung: Von der Wissenschaftsfreiheit gedeckt?

Der Wissenschaftsrat, das Beratungsgremium der Bundes- und Länderregierung in allen Fragen der Wissenschaft, der Forschung und des Hochschulbereichs, hat die Situation für die Wissenschaft in seinem Papier „Wissenschaft in Deutschland - Perspektiven bis 2040“ wie folgt beschrieben: Die Rahmenbedingungen für die Wissenschaft in Deutschland verändern sich grundlegend. Geopolitische Unsicherheiten, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen, internationale Konkurrenz sowie technologische Umbrüche machen strategische Entscheidungen und konkrete Änderungen nötig. Die erkämpfte Zivilklausel, eine Selbstverpflichtung von Hochschulen, Forschung und Lehre ausschließlich auf zivile, friedliche Zwecke auszurichten und Militärforschung auszuschließen, werden zunehmend angegriffen. Bundeskanzler Friedrich Merz will die Bundeswehr wieder in der „Mitte der Gesellschaft“ sehen und dafür die Zivilklausel abschaffen, sodass die Bundeswehr freien Zugang zu Hochschulen hat.

Wenn Krieg die Forschung diktiert

Wie der Wissenschaftsrat richtig festgehalten hat, nehmen geopolitische Unsicherheiten zu. Ausdruck dessen sind die Kriege weltweit: Sei es der Ukraine-Krieg oder der Krieg im Nahen Osten. Doch diese Schauplätze sind Ausdruck der steigenden Konkurrenz unter den Staaten um Ressourcen, Absatzmärkte und Handelsrouten zugun-

ten großer Unternehmen. Die Ukraine ist reich an Ressourcen und beherbergt etwa 5 % der weltweiten Bodenschätze, darunter kritische Rohstoffe wie Lithium, Titan, Graphit und Eisenerz. Das Land besitzt die zweitgrößten Steinkohlereserven Europas und hat ein geschätztes Potenzial an Bodenschätzen von bis zu 11,5 Billionen Dollar. Auch der Iran ist reich an Bodenschätzen, insbesondere Erdöl und Erdgas. Zudem besitzt das Land bedeutende Vorkommen an Kupfer, Zink, Eisen, Kohle, Chrom und Gold. Deutschland rüstet auf, um sich gegen die Konkurrenten durchzusetzen. Forschung und Lehre sind von der Konkurrenz nicht ausgeschlossen: Denn ein Vorsprung in der Kriegstechnik, ist ein Vorteil, sich gegen die anderen Rüstungsunternehmen und ihre Waren (Panzer, Drohnen etc.) durchzusetzen und letzten Endes auch ein Vorteil in einem möglichen Krieg. Um sich auch mit der neuesten Kriegstechnik auszustatten, werden Forschungsschwerpunkte Richtung Militärforschung gelenkt. Forschung soll sich zunehmend auf Hightech-Bereiche wie Künstliche Intelligenz, Drohentechnologie, wehrtechnische Forschung sowie wehrmedizinische und militärpsychologische Forschung konzentrieren. Unternehmen wie Rheinmetall, Hensoldt und Airbus Defence treiben die Vernetzung mit der Wissenschaft voran, um technologische Vorsprünge bei Drohnen, KI und Sensortechnik zu sichern. Dabei kommen ihnen die Kürzungen im Bildungsbereich zugute, um die Finanzierungslücke mit ihren Geldern zu stopfen. Und Hochschulen nehmen das Geld dankend an, um sich halten zu können. So will bspw. die Technische Hochschule Mittelhessen ab Winter 2026 duale Studiengänge in Kassel in Maschinenbau und Elektrotechnik anbieten. Grund dafür sind die in Kassel ansässigen Rüstungsunternehmen Rheinmetall und KNDS, die durch die prall gefüllten Auftragsbücher angesichts des deutschen Kriegskurses einen steigenden Fachkräftebedarf gemeldet haben. Indem das Land Hessen mit seinem Hochschulpakt für dieses Jahr Einsparungen von rund 30 Millionen Euro vorsieht, schützt es nicht die Wissenschaftsfreiheit, sondern sorgt dafür, dass es massive Ein-

schnitte in der Lehre und Forschung gibt und dass sich Unternehmen in die Unis einkaufen und damit mitbestimmen, an was geforscht wird.

Freiheit auf dem Papier – Abhängigkeit in der Praxis

Wer forschen will, braucht Geld. Das Hochschulrahmengesetz hält die Freiheit der Forschung hoch. Doch die Freiheit stößt schnell an Grenzen: Wissenschaftler und Wissenschaftsinstitute sind auf Finanzierungen angewiesen, um Forschung betreiben zu können. Geldgeber sind in den meisten Fällen dann Unternehmen, die ein Interesse daran haben, Geld in Forschung zu stecken. Da Bund und Länder zunehmend die Gelder kürzen, konkurrieren Universitäten um Gelder aus der privaten Wirtschaft. Auch Professuren werden nach dem Prinzip wiederbesetzt, wer wie viele Drittmittel einwerben kann. Statt für die Gesellschaft zu forschen, wird um das Interesse von Industrie und Unternehmen geworben.

Für freie Forschung: Gegen Kürzungen, für die Zivilklausel

Die Kürzungen durch Bund und Länder führen dazu, dass sich nur die Studiengänge halten, die für Drittmittelgeber verwertbar sind. Wer am meisten Geld in der Hand hält, bekommt Zugang zu den Unis. Wissenschaftler können somit nicht frei forschen, sondern sind von diesem Geld abhängig. Ein Kampf für die Wissenschaftsfreiheit ist somit immer ein Kampf gegen die Kürzungen und für eine verbindliche Zivilklausel an unseren Hochschulen und Universitäten.

Eine ausführlichere Version dieses Artikels gibt es auf arbeitzukunft.de ★



BETRIEBSRATSWAHLEN 2026

KEIN RECHTSRUCK - ABER AUCH KEINE ENTWARNUNG!

Die Betriebsratswahlen sind Anfang

März angelaufen. Bis Ende Mai werden rund 40% der Beschäftigten ihre Betriebsräte wählen.

Nach Angaben des DGB werden in ca. 9-10% der Betriebe ein Betriebsrat gewählt.

Diese Wahlen erhalten vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Herausforderungen wie Insolvenzen, veränderten Investitionsplänen durch die Zollpolitik der USA, der digitalen Transformation und Massenentlassungen in der Industrie eine besondere Bedeutung. In diesem Kontext versuchen rechtsextreme Gruppen, die BR-Wahlen zu instrumentalisieren, um in den Fabriken Fuß zu fassen und ihren Einfluss auszubauen.

Insbesondere die AfD und der Verein „Zentrum“, der sich als „alternative Gewerkschaft“ bezeichnet, arbeiten in einigen Regionen zusammen, um ihre Positionen unter den Arbeitern zu verbreiten. Sie führen gemeinsame Kampagnen durch, verteilen Flugblätter vor großen Fabriken wie Audi in Ingolstadt, Mercedes in Sindelfingen, Untertürkheim und Opel in Rüsselsheim und nutzen die gleichzeitigen Kommunal- und Landtagswahlen in mehreren Bundesländern, um ihre Themen zu pushen. Dabei werden sie auch von rechtsextremen und faschistischen Gruppen wie „Ein Prozent“, der „Identitären Bewegung“

und dem „Compact-Magazin“ unterstützt. Auch die Kampagne des Zentrums „Werde Betriebsrat“ wird von diesen Gruppen unterstützt und verbreitet.

Die Unterstützung durch die bürgerlichen Presse sollte auch nicht unerwähnt bleiben. FAZ, FR, HB, MM, WiWo usw. veröffentlichten in den vergangenen Wochen etliche „Nachrichten“ über den „wachsenden Einfluss der rechten Gewerkschaft“. Die Pressemitteilungen vom sogenannten Zentrum wurden über Agenturen wie „Reuters“ und „dpa“ bereitwillig an alle deutschen Medien verbreitet – und von diesen auch in Nachrichtenform an die Leserschaft weitergereicht! Der Spiegel z.B. sah gar „einen Rechtsruck“ kommen, wo die IG Metall im VW-Werk Zwickau um ihre Mehrheit bangen müsste.

Die Ergebnisse der BR-Wahlen erst nehmen!

Nun liegen die Ergebnisse der ersten Wahlen vor, an denen „Zentrum“ teilgenommen hat. Demnach kommt die faschistische Gruppe im Mercedes-Benz Werk Sindel-

fingen auf drei Mandate, im Werk Untertürkheim auf neun Mandate und im Werk Rastatt auf vier Mandate. Bei Volkswagen Braunschweig und bei Audi in Ingolstadt schaffte „Zentrum“ mit jeweils zwei Mandaten den Einzug in die Betriebsratsgremien. Das vom „Zentrum“ unterstützte „Bündnis Freie Betriebsräte“ bei VW-Zwickau und VW-Chemnitz erhielt jeweils vier Mandate. Und die Liste „Beruf und Familie“ bei BMW-Leipzig errang auch zwei Mandate. Durch diese BR-Mandate erhalten diese rechten und zum Teil faschistischen Kräfte die Möglichkeit, ihre arbeiterfeindliche Propaganda fast ungehindert zu verbreiten. Sie können BR-Mitteilungen veröffentlichen, alle drei Monate können sie bei Betriebsversammlungen vor mehreren tausend Arbeitern ihren spalterischen Müll unter den Kollegen streuen! Das sollte nicht einfach hingenommen werden. Überall dort, wo sie das versuchen, sollten sie auch aktiv bekämpft werden.

„Von einem Rechtsruck kann in den Betrieben keine Rede sein“, so die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner.

Natürlich sollten diese Ergebnisse nicht überbewertet, aber auch nicht ignoriert werden! Gerade wenn man sich die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen (Februar 2025) und der im März abgehaltenen Kommunalwahlen in Bayern und Hessen sowie der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vor Augen führt, wie die AfD abgeschnitten hat, dann müssen die progressiven Kräfte zusammen gegen die faschistischen Gruppen in den Betrieben kämpfen. ★

BR-Wahlen bei Volkswagen

Standort	Wahlbeteiligung	IGM	CGM	Andere
Braunschweig	%62,5	28	5	2 (Zentrum)
Wolfsburg	%59,1	52	3	10 (Andere Liste) 1 (Die Alternative), 1 (GFT),
Hannover	%67,9	33	2	2
Salzgitter	%55,4	30	5	-
Emden	%67,9	31	2	2 (Gemeinschaft Ehrlicher Metaller-GEM)
Kassel	%58,4	33	6	-
Zwickau	%73,4	29	-	4 (Bündnis freie Betriebsräte-BfB), 2 (Andere Liste)
Chemnitz	%73,3	13	-	4 (Bündnis freie Betriebsräte-BfB)
Dresden	%78,1	9	0	-
Osnabrück	%78,1	16	1	-
Financial Services	%53,9	30	3	-

TARIFRUNDEN 2026

VIELEN „NULLMONATE“ UND LANGE LAUFZEITEN

Für ca. 10 Millionen Beschäftigte verhandeln die Gewerkschaften 2026 neue Vergütungstarifverträge. Die ersten Tarifverhandlungen sind bereits abgeschlossen. Bemerkenswert sind bei diesen Abschlüssen die Laufzeit der Verträge, aber auch die sogenannten „Nullmonate“. Auch die Ergebnisse lassen viel zu wünschen übrig:

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie

Die IG Metall verhandelte für die ca. 41.000 Kolleginnen und Kollegen der „Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie“ in Westfalen-Lippe ein neuen Tarifvertrag. Gefordert hatte die IG Metall für die Branche in allen Tarifgebieten Lohn und Gehalt, Entgelt: 5,0 % für 12 Monate Laufzeit.

In Westfalen-Lippe haben sich die Tarifparteien am 2. Februar erstmalig auf 7 Nullmonate (November 2025 - Mai 2026) verständigt. Erst ab 1. Juni 2026 gibt es eine mickrige Lohnerhöhung um 2%. Bei der nächsten Stufenerhöhung ab 01. Juli 2027 soll es 2,2% geben.

Als Trost bekommen die „Holz und Kunststoff“-Beschäftigten 300 € Einmalzahlung im April 2026. Nur hat die Einmalzahlung einen Haken: Die IG Metall gewährt den Chefs, deren Betriebe eine Umsatzrendite von bis zu 2,0 % haben, die Möglichkeit, die Auszahlung bis April 2027 zu verschieben. Oder durch Betriebsvereinbarungen andere Auszahlungszeitpunkte sowie Aufteilung in bis zu drei Teilzahlungen. Der Laufzeit der Tarifvertrag ist 27 Monate – also bis 31. Januar 2028!

Auch für die Kolleginnen und Kollegen in Sachsen verhandelte die IG Metall einen neuen Entgelt-Tarifvertrag. Dort wurden auch 5,0 % für 12 Monate Laufzeit gefordert. Raus kam dabei aber viel weniger: Die Sachsen bekommen nach 6 Nullmonaten (Dezember 2025 - Mai 2026) 2,0 % ab 1. Juni 2026, 0,8% ab 1. März 2027 und bei der 3. Stufenerhöhung ab 1. Juli 2027.

Und die sächsischen Kollegen bekommen im April 2026 auch die 300 Euro „Einmalzahlung mit Haken.“ Auch dort haben die Chefs die Möglichkeit zur Verschiebung der Auszahlung des Einmalzahlung spätestens bis Januar 2027 für Betriebe mit negativem Betriebsergebnis oder nach Vereinbarung zwischen BR und AG. Laufzeit hier 26 Monate - also bis 31. Januar 2028!



„Streikfreier Kompromiss“ zwischen GDL und DB

Die Tarifverhandlungen zwischen der GDL und der DB werden stets mit Spannung verfolgt – auch dieses Mal. Dieses Mal hatte die „Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer“ sich auf eine längere Friedenspflicht eingelassen als sonst üblich. Die beiden Tarifparteien hatten „einen Abschluss innerhalb der Friedenspflicht“ als Ziel gesetzt. Gesagt – getan. Der „Abschluss ohne Streik“ beinhaltet folgendes: 7 Nullmonate (Januar – Juli 2026), ab August 2026: 2,5 % und August 2027: 2,5 %. Einmalzahlungen für Beschäftigte 700 Euro, für Auszubildende und Praktikanten 350 Euro. Der Laufzeit für des Tarifvertrags: 24 Monate (1. Januar 2026 – 31. Dezember 2027) und die Friedenspflicht gilt bis zum 31. März 2028 - dreimonatige Verhandlungszeit! Mehr auch dazu auf unserer Website.

Öffentlicher Dienst der Länder - „Tarifergebnis mit Schwachstellen“

Wir hatten über die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst der Länder auf unserer Website schon berichtet. Hier nur die Kurzfassung: Gefordert wurde von der ver.di 7 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12 Monaten, mindestens aber für 300 Euro.

Trotz des tagelangen Streiks und der sichtbar kämpferischen Haltung der Kolleginnen und Kollegen war das Ergebnis sehr mager: nach 5 Nullmonaten (November 2025 - März 2026) 2,8% (mind. 100 €/Monat) ab 1. April 2026, 2,0% ab 1. März 2027 und 1,0% ab 1. Januar 2028. Laufzeit des Tarifvertrags auch hier 27 Monate – also bis 31. Januar 2028!

Die Tarifeinigung stand unter einer Erklärungsfrist bis zum 12.3.2026. Eine ver.di-Mitgliederbefragung lief bis zum 9.3.2026. Danach erhielt die Einigung eine Zustimmung von 51,46% der ver.di-Mitglieder. Oder andersherum: 48,54% der Kolleginnen und Kollegen haben das Ergebnis abgelehnt!

Laut ver.di zeige dies deutlich, dass das Tarifergebnis „Schwachstellen“ habe, sich aber „an der Kampfkraft und Durchsetzungsfähigkeit der Mitgliedschaft messen lassen müsse.“ Am 12.3.2026 entschied die Bundestarifkommission die Annahme des Abschlusses.



„Unbezifferte Erhöhung der Einkommen“

Sehr interessant ist die diesjährige Tarifrunde bei der Chemischen Industrie. Am 3. November 2025 hatte der Hauptvorstand der IG BCE eine Forderungsempfehlung für die anstehende Tarifrunde beschlossen. Diese sieht eine „unbezifferte Erhöhung der Einkommen der Tarifbeschäftigten zur Stärkung der Kaufkraft“ sowie Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung vor. Die regionalen Tarifverhandlungen begannen am 14. Januar im Tarifgebiet Nordrhein und endeten am 23. Januar im Saarland. In allen neun Tarifregionen blieben die Gespräche ohne Ergebnis. Vor diesem Hintergrund übertrugen die Regionen die weitere Verhandlungsführung an die Bundesebene.

Die 1. Tarifrunde am 3. und 4. Februar wurde ohne Ergebnis verhandelt. Auch die 2. Tarifrunde am 23. und 24. Februar wurde ohne Ergebnis verhandelt. Als diese Ausgabe in den Druck ging sollte die 3. Tarifrunde am 24. und 25. März in Bad Breisig stattfinden. Auf das Ergebnis sind wir gespannt. ★



WIR WERDEN EUCH NICHT HELFFEN KÖNNEN

Im Rahmen der aktuellen Kriegspolitik Deutschlands und der Aufrüstung wird seit einiger Zeit auch darüber diskutiert, wie unser Gesundheitssystem – allen voran die Krankenhäuser – auf einen möglichen Kriegsfall vorbereitet werden soll. Dabei fallen immer wieder Schlagworte wie „Krisenresilienz“ oder „Ertüchtigung kritischer Infrastrukturen“. Außerdem wird über den Bau oder die Reaktivierung unterirdischer Krankenhauskapazitäten gesprochen.

Darüber wie sich die Militarisierung im Gesundheitswesen zeigt und welche Auswirkungen das hat, konnten wir mit Ute Rippel-Lau, Allgemeinmedizinerin und Mitglied der internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges und Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) sprechen.

Ute, welche Rolle spielen Krankenhäuser und das Gesundheitssystem im Kontext der deutschen Aufrüstung für den möglichen Kriegsfall? Welche konkreten Pläne verfolgt die Bundesregierung zur Militarisierung der Krankenhäuser, und wie ordnest du diese Entwicklungen politisch und gesellschaftlich ein?

In allen skizzierten Szenarien kommt dem Gesundheitswesen im Kriegsfall eine Schlüsselrolle zu. Im Ernstfall soll der zivile Bereich und insbesondere das Gesundheitswesen dem Militär dienen, denn die fünf Bundeswehrkrankenhäuser allein reichen nicht aus, die verletzten Soldat*innen zu behandeln. Deutschland muss dann nicht nur die eigenen Soldatinnen und Soldaten versorgen, sondern im Rahmen der Nato-Bündnisverpflichtungen im sog. „Nation Host Support“ auch die der Alliierten. So rechnet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Kriegsfall mit bis zu tausend zu versorgenden verletzten Soldat*innen pro Tag. Davon wären bis zu 300 intensivpflichtig. Diese Dimension übersteigt alles, was wir bisher von Katastrophen, Unglücken oder Pandemien kennen. In Köln soll im Rahmen eines Klinikneubaus ein großes unterirdisches Krankenhaus nach israelischem Vorbild entstehen. Der Ort ist nicht zufällig gewählt: im Nato-Bündnisfall wäre Köln ein militärischer Dreh- und Angelpunkt.

Für das Land Berlin hat die Senatsverwaltung zusammen mit Krankenhausträgern einen Rahmenplan für den Ernstfall entworfen. Er ist nicht öffentlich, wurde aber von „Frag den Staat“ geleakt. Demnach sind im Ernstfall einschneidende Veränderungen der Versorgungsstruktur zu erwarten. Schon nach wenigen Tagen soll von einer Individualmedizin auf eine Katastrophenmedizin umgestellt werden. Stationäre Patient*innen sollen nach einem Stufenplan entlassen oder in eine niedrigere Versorgungsstufe verlegt werden, um Betten für Schwerverletzte freizumachen. Das wurde bereits in beiden Weltkriegen praktiziert. Weiter heißt es im Rahmenplan Berlin, die Notaufnahmen dürften nicht mehr

durch pflegebedürftige Menschen ohne notfallmedizinischen Bedarf eingeschränkt werden. Wahleingriffe seien zu beschränken oder ganz einzustellen. Die Krankenhäuser müssten auch die ambulante Versorgung von Patient*innen einschränken. Selbst über eine mögliche Bevorzugung von Militärangehörigen gegenüber Zivilist*innen wird nachgedacht. Zitat aus dem Rahmenplan:

„Eine weitere bislang offene und sehr komplexe Fragestellung betrifft die Triagierung bzw. die Priorisierung von militärischen Personal im Verhältnis zu Zivilisten.“

Im vergangenen Jahr ist die Krankenhausreform in Kraft getreten. Immer häufiger hört man von Krankenhausschließungen. Gleichzeitig haben, neben den ohnehin schlechten Arbeitsbedingungen – geprägt von hoher Arbeitsbelastung und Personalmangel im medizinischen Bereich – auch die letzten Tarifrunden (TV-L, TV-öD) trotz einer starken Beteiligung der Beschäftigten keine ausreichenden Ergebnisse gebracht, die eine grundlegende Verbesserung durch Lohnerhöhungen und spürbare Entlastung ermöglichen würden.

Auch Patient:innen erleben die Krise des Gesundheitssystems unmittelbar – etwa durch wochenlange Wartezeiten auf Arzttermine oder durch erneute Diskussionen über die Einführung einer Praxisgebühr. Wie ist die aktuelle Situation der Krankenhäuser und der Gesundheitsversorgung insgesamt zu bewerten? Wo siehst du einen Zusammenhang zwischen den Angriffen auf einer Krise des Gesundheitsversorgung und der zunehmenden Militarisierung?

Der entscheidende Engpass der medizinischen Versorgung ist der Mangel an qualifiziertem Personal. Schon in Friedenszeiten ist dies das ein großes Problem. In einem Bündnis- oder Verteidigungsfall, aber auch bereits im Spannungsfall treten die Notstandsgesetze in Kraft. Diese wurden 1968 unter großem Protest der Bevölkerung in die Verfassung aufgenommen. Sie beinhalten in den 10 Sicherstellungsgesetzen zum Teil gravierende Grundrechtseinschränkungen. Das gilt insbesondere für das Arbeitssicherstellungsgesetz nach Artikel 12 a GG. Bereits im Spannungsfall kann das Grundrecht auf Berufsfreiheit nach Artikel 12 GG außer Kraft gesetzt werden. Es gelten dann zivile und militärische Dienstverpflichtungen, wenn der Personalbedarf auf freiwilliger Basis nicht gedeckt werden kann. Im Rahmenplan Berlin heißt es dazu:

„Das medizinische Personal in den Krankenhäusern ist als unabdingbar zu erklären.“ Außerdem könnten Nebentätigkeiten von Beschäftigten widerrufen werden.

Es ist abzusehen, dass sich die Arbeitsbelastung von Beschäftigten im Gesundheitswesen erhöhen wird und sich gleichzeitig die medizinische Versorgung der Patient*innen verschlechtern wird.

Ihr habt als IPPNW im vergangenen Jahr die Kampagne „Nein zur Militarisierung der Medizin! Gesundheitswesen bleibt zivil!“ gestartet. Warum ist es aus deiner Sicht gerade jetzt wichtig, dass sich Mediziner:innen und andere Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen die Militarisierung positionieren? Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten und Formen des Widerstands siehst du?

Seitdem der Bundestag 2024 die neuen „Rahmenrichtlinien Gesamtverteidigung“ beschlossen hat, verschob die Politik den Fokus auf die „Kriegsertüchtigung“ – in den alten Richtlinien war noch von „Kriegsverhütung“ die Rede. „Kriegsertüchtigung“ bedeutet die Vorbereitung auf einen Krieg. Diese Kriegsvorbereitung betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche, wobei das Gesundheitswesen eine besonders wichtige Rolle einnimmt. Sichtbar wird dies an der zunehmenden Teilnahme von Militärs an Ärztetagen und Kongressen, an den zahlreichen Beiträgen von Bundeswehrangehörigen in den medizinischen Zeitschriften an prominenter Stelle und an einem zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die Ausbildungsinhalte des Medizinstudiums und die medizinische Weiterbildung. Einem „resilientes Gesundheitswesen“ werden von Politik und Militär mehrfache Aufgaben zugeordnet: Einmal soll es abschrecken, dann soll es im „Ernstfall“ die Kampfmoral und die Kampfkraft der Truppe stärken, sowie die Grundversorgung der Zivilbevölkerung sicherstellen, dies allerdings als nachrangiges Ziel.

Diese Entwicklung fällt in eine Zeit weltweiter massiver konventioneller und nuklearer Aufrüstung, Aufkündigung von Rüstungskontrollverträgen und der Beschädigung des Völkerrechtes, zu dem auch die Genfer Konventionen zählen. Dazu kommen die vielfältigen Krisen und Kriege, in die Atommächte zur Zeit verwickelt sind. Die Ausweitungsgefahr dieser Kriege ist enorm, bis zu der Möglichkeit eines Atomkrieges. Symbolisch wurde dies mit dem Weiterrücken der Zeiger der „Doomsday-clock“ im Januar 2026 sichtbar gemacht. Gleichzeitig bröckelt gesellschaftlich das „nukleare Tabu“. Akteure in Politik und Gesundheitswesen versuchen atomare Gefahren kleinzureden und die Folgen irgendwie handhabbar erscheinen zu lassen.

Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen:

„Die Prävention von Kriegen, ob konventionell oder nuklear, ist die beste Medizin. Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die auf das Verhalten im Kriegsfall vorbereiten sollen. Nur kriegspräventive Maßnahmen kann ich vertreten. Ich lehne deshalb als Beschäftigte/Beschäftigter im Gesundheitswesen jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin ab und werde mich daran nicht aktiv beteiligen. Ich lehne weiterhin jede Maßnahme ab, die einer Kriegsmedizin den Vorrang vor der zivilen medizinischen Versorgung gibt. Das ändert nichts an meiner Verpflichtung und Bereitschaft, in allen Notfällen medizinischer Art meine Hilfe zur Verfügung zu stellen und auch weiterhin meine Kenntnisse in der Notfallmedizin zu verbessern.“

Eine Initiative der IPPNW – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V. Mehr unter: ipnww.de/bit/militarisierung

Dem stellen wir uns als IPPNW vehement entgegen und nehmen unseren Slogan aus den 80er Jahren wieder auf: „Wir werden Euch nicht helfen können“. Das trifft nicht nur auf einen Atomkrieg zu, sondern auch auf einen konventionellen Krieg in einem hochindustrialisierten und extrem verwundbaren Land wie Deutschland.

Ein „kriegstüchtiges Gesundheitswesen“ wird für eine funktionierende Kriegsführung gebraucht und das ist unser friedenspolitischer Ansatz. Mit unserer Unterschriftenkampagne haben Beschäftigte im Gesundheitswesen die Möglichkeit, ihren Protest kundzutun, kriegsmedizinische Fortbildungen zu verweigern und Diskussionen in Gang zu setzen. In den 80er Jahren konnten wir erfolgreich ein „Gesundheitssicherungsgesetz“ verhindern. Unsere Hoffnung ist, dass uns das mit der immer noch in Planung befindlichen Neuaufgabe dieses Gesetzes wieder gelingt.

Vielen Dank für das Interview! ★

Solidarität mit Kuba! Lassen wir Kuba nicht allein!

Unverhüllt droht der US-Präsident dem antiimperialistischen Inselstaat Kuba mit der „Übernahme“. Eine brutale Drohung, die auf Grund der Erfahrungen mit Trump ernst ist. Trumps Angriff auf Venezuela, als er den legalen Präsidenten Maduro und dessen Ehefrau entführen ließ und bis heute gefangen hält, macht das deutlich. Mit Kuba ist es schwieriger für den US-Imperialismus. Zur großen Enttäuschung aller Umsturzfans kommt kein Massenprotest gegen die kubanische Regierung auf! Der Versuch kubanischer Exilsöldner, im Februar 2026 erstmals seit 1962 wieder bewaffnet auf die Insel zu kommen, wurde von kubanischer Marine blutig verhindert!

Bis heute beansprucht Washington auf kubanischem Boden den berühmten Truppenstützpunkt Guantanamo mit seinem Folter-Knast, obwohl die kubanische Regierung ihn seit langem zurückfordert.

Nach der Revolution 1959 unter Fidel Castro und Ernesto (Che) Guevara, spätestens seit Kuba 1961 amerikanisches Kapital enteignete, bekämpfen die USA unversöhnlich den Inselstaat. Seit 64 Jahren blockieren die USA die Insel und deren Wirtschaft. Wirtschaftspartner Kubas, selbst internationale Großbanken schikaniert Washington mit Sanktionen.

Kuba kämpft trotz seiner großen Probleme um gesellschaftlichen Fortschritt

Kuba erreichte, auch wenn es nie sozialistisch war, international stark beachtete Erfolge, die ihm bei vielen Völkern, bei demokratischen, anti-imperialistischen Kräften große Solidarität einbrachten: vor allem sein

fortschrittliches Bildungs- und das Gesundheitswesen. Ohne Grund setzt Trump Kuba auf die Liste der Terror unterstützenden Staaten.

Was steht dagegen? Selbst entwickelte Corona Impfstoffe! Ärzte aus Kuba sind weltweit im Solidaritätseinsatz – auch im italienischen Bergamo während der dortigen Corona-Katastrophe. Die USA aber diffamiert sie als Terrorunterstützer. 2022 wurde in Kuba ein modernes, demokratisches Familienrecht im Zeichen der Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit eingeführt. Längst wird immer breiter in erneuerbare Energie investiert, um die Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren.

Alles in Gefahr!

All das steht 2026 auf dem Spiel! Angesichts der brachial-aggressiven US-Politik braucht Kuba unsere Solidarität. Trump lässt die Insel vollständig blockieren. Seit Monaten erreicht kein Tropfen Öl mehr das Land! Innerhalb weniger Tage brach zweimal das Stromnetz Kubas zusammen. Ohne Strom aber verderben die knappen Lebensmittel.

„Sofort Schluss mit der Blockade!“ (Unblock Kuba!) - diese Forderung ist mehr als berechtigt und hochaktuell.

Wir rufen zur Solidarität mit Kuba auf!

- **Nein zur Aggression des US-Imperialismus gegen Kuba!**
- **Kuba JA! Blockade und Embargo - Nein!**
- **Schluss mit der Tatenlosigkeit Berlins!**
- **Hoch die internationale Solidarität!**

DAS IRAN-DILEMMA



Seit mehreren Wochen greift die USA zusammen mit Israel den Iran an. Deutschland und weitere europäische Staaten sind derweil zögerlich mit einem offenen Kriegseinstieg.

Seit dem Beginn der Angriffe auf den Iran am 28. Februar eskaliert die Situation im Nahen Osten immer mehr. Nach anfänglichen Versprechen des US-Präsidenten Trump, der Krieg würde in Kürze enden oder nur drei bis vier Wochen dauern, scheint es nun wahrscheinlicher, dass sich der Krieg in die Länge zieht.

Nach der Ermordung des religiösen Führers Khamenei am ersten Tag, sind in den ersten drei Wochen weitere ranghohe Personen des Regimes getroffen worden, der anfangs angekündigte Regime Change ist jedoch nicht eingetreten. Nun fordert Trump Europa und die NATO zur Unterstützung im Kampf gegen den Iran auf, diese blieb jedoch bisher aus.

Die Zeichen stehen auf Eskalation

Die Eskalation des Konfliktes zeigt sich immer deutlicher. So haben die US-Streitkräfte in der vergangenen Woche die Insel Charg angegriffen, über die der Großteil des iranischen Rohölexportes abgewickelt wird. Laut einem Bericht des US-Onlineportals Axios erwäge die US-Regierung sogar, Charg zu besetzen. Darüber hinaus wird gedroht, das größte Gasfeld Irans zu zerstören. Die Angriffe auf den Iran verzeichnen neben Zielen der Infrastruktur auch zivile Opfer, so sind rund 2000 Menschen ermordet worden, schätzungsweise 90 Prozent Zivilisten. Darüber hinaus wurden mehr als drei Millionen Iraner vertrieben. So warnte der Leiter des Norwegischen Flüchtlingsrates vor einer Verschlechterung der humanitären Lage im Iran, da durch den unterbrochenen Schiffs- und Flugverkehr Hilfsgüter nicht ausreichend ankämen.

Der Iran antwortet mit Gegenschlägen nicht nur auf Israel, sondern immer wieder auch den Golf-Staaten. So sind die Vereinigte Arabische Emirate (VAE), Katar, Saudi-Arabien und sogar der Vermittlerstaat Oman in den Krieg mithineingezogen worden, da der Iran US-Basen angreift. Diese haben jedoch nicht die Absicht, eine Front zu eröffnen, da man der hohen Kosten bewusst ist, die damit verbunden wären. Einzig Saudi-Arabien, das 2025 ein strategisches Verteidigungsabkommen mit Pakistan abgeschlossen hat, ist militärisch besser aufgestellt. Ziel des Irans ist in dieser Situation, nicht zu verlieren. Experten gehen davon aus, dass der Iran militärisch noch nicht an seine Grenzen gestoßen sei und somit in der Lage wäre, den Krieg noch einige Zeit fortzuführen. Je länger der Krieg andauert, desto größer werden auch die Kosten des Krieges für die gesamte Welt. Im Gegensatz dazu müssen die USA irgendeine Form von Gewinn für sich proklamieren. Ob die USA den Regime Change überhaupt durchsetzen wollten, darüber lässt sich nur mutmaßen, jedoch scheint es Anpassungen des Kurses zu geben. Mindestens wird es Trump darum gehen, den chinesischen Einfluss soweit es geht zurückzudrängen und die Möglichkeiten dahingehend auszuschöpfen, denn die chaotische Situation bietet immer noch die Möglichkeit, die Karten neu zu mischen. So wurde das für Ende März geplante Treffen von Xi und Trump verschoben, was den USA die Möglichkeit bietet, vor dem Treffen mit der chinesischen Führung weitere Fakten im Iran zu schaffen. Die Tatsache, dass Teheran zentral auf der Landroute der Neuen Seidenstraße liegt, zeigt noch einmal

mehr, dass Iran aus diversen Gründen für die Imperialisten interessant ist. Die Ziele Israels unterscheiden sich von denen der USA nochmal, was wir insbesondere durch die Militäroperation im Libanon beobachten können, die Israel im Windschatten des Iran-Krieges durchführt und die das Einflussgebiet Israels erweitern soll.

Derzeit stellt die Straße von Hormus noch ein Ass im Ärmel der iranischen Führung dar, da ein Fünftel des weltweiten Erdöls und Erdgases durch die Meerenge transportiert wird. Sollte sie weiterhin gesperrt bleiben, würde es neben den Öl- und Gaspreisen auch Steigerungen der Preise für Strom, Diesel und Düngemittel bedingen.

Kein deutscher Krieg?

Trotz der direkten Aufforderung Trumps zur Unterstützung in der Sicherung der Straße von Hormus äußern sich deutsche Regierungsvertreter deutlich dagegen. So erklärte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD): „Das ist nicht unser Krieg. Wir haben diesen Krieg nicht begonnen.“ Gleichzeitig zeichnet sich ab, woher diese Haltung rührt. So erklärte Außenminister Johann Wadephul, dass man zwar die Einschätzung der Gefahr durch das iranische Regime teile, forderte jedoch eine Klärung der Kriegsziele. Deutschland hält sich also nicht wegen des erklärten Ziels eines Regimewechsels zurück, sondern vielmehr, weil die Situation chaotisch ist und das iranische Regime sich nach wie vor hält. Genau das hat Merz gegenüber Trump kritisiert: Es gebe keinen Plan. Auch die Vorschläge, die EU-Mission „Aspides“, die im Roten Meer stattfindet, in die Golfregion zu verlegen, findet wenig Unterstützung. So

äußern mehrere europäische Länder, sich nicht direkt am Krieg beteiligen zu wollen und auch EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas erklärt, dass es nicht „unser“ Krieg sei. Zugleich leisten die europäischen Staaten Unterstützung durch die Bereitstellung von Stützpunkten. Großbritannien unterstützt die Luftverteidigung mit Kampffjets von Militärbasen in der Region, Italien kündigte derweil eine defensive Militärhilfe an. Und auch Frankreich entsendete seinen Flugzeugträger „Charles de Gaulle“. Und trotz der Ablehnung der direkten Einmischung darf nicht vergessen werden, dass die US-Basis Ramstein in Rheinland-Pfalz den Militäreinsatz erst ermöglicht und Deutschland damit ganz direkt zum Angriffskrieg beiträgt. Zudem können europäische Unternehmen die Gunst der Stunde nutzen, denn die Golfstaaten haben eine erhöhte Nachfrage nach Abwehrsystemen. Am 20. März lockerte die Bundesregierung die Regeln für Rüstungsexporte in Golfstaaten, als „Zeichen der Solidarität“, so Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche. Die Aufrüstung der Golfstaaten könnte ein Milliardengeschäft bedeuten - so haben wohl mehrere deutsche Rüstungsunternehmen, wie Rheinmetall, Ausblicke auf Deals.

Die Verlängerung des Krieges setzt die EU und die Bundesrepublik weiter unter Druck. Denn während die europäischen Milliardenhilfen für die Ukraine von Ungarn und der Slowakei blockiert werden (und vermutlich undemokratisch umgangen werden „müssen“), profitieren russische Ölkonzerne von der Sperrung der Straße von Hormus. Berechnungen zufolge könnten die höheren Öl- und Gaspreise selbst bei einem baldigen Kriegsende über 80 Milliarden Dollar an Mehreinnahmen bedeuten. Eine Lösung zur Stabilisierung der Energiemärkte muss also gefunden werden, denn die Bundesregierung steht auch innenpolitisch immer mehr unter Druck. Benzinpreise über zwei Euro den Liter haben bereits zu Beginn des Krieges zu viel Unmut geführt, die nun steigenden Lebensmittelpreise werden die Lage der arbeitenden Menschen noch weiter verschlechtern.

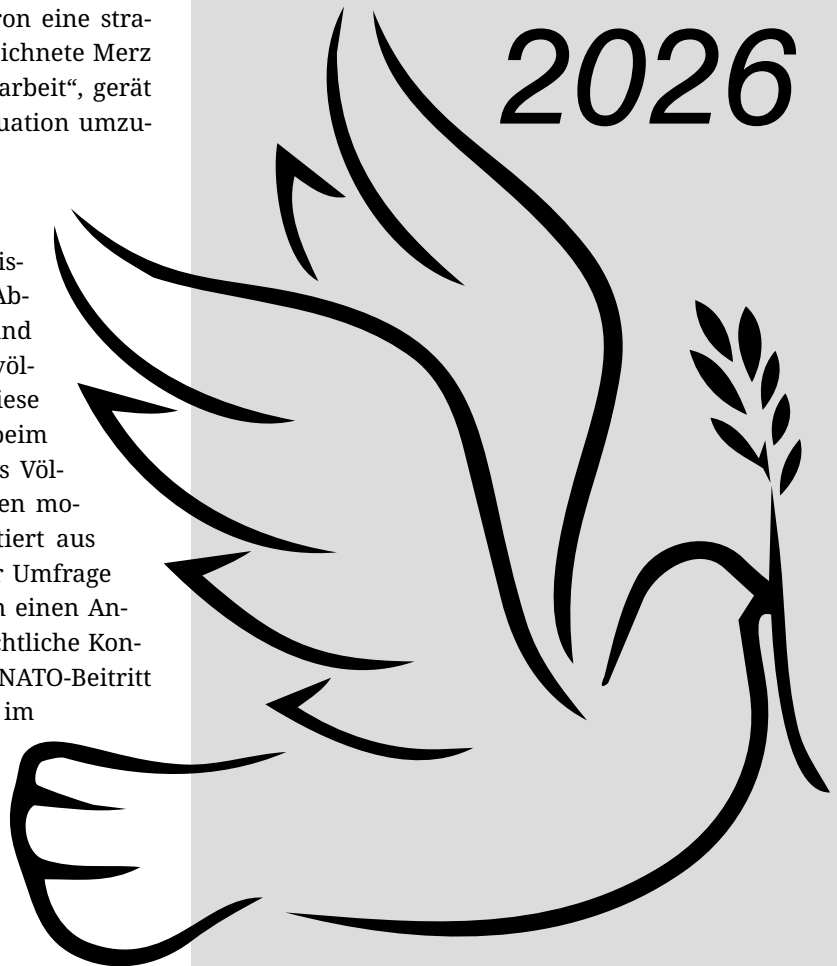
Wie die Bundesregierung und die EU weiter mit ihrer Strategie verfahren werden, bleibt offen. Doch werden die Rufe nach einer „Eigenständigkeit“ der EU unabhängig der USA immer lauter. Auch der Irankrieg wird genutzt, um die ohnehin massive Aufrüstung zu verstärken. Frankreichs Regierung legt hier vor und erhöhte die Anzahl seiner Atomsprengeköpfe während Macron eine strategischere Unabhängigkeit der USA propagiert. Bezeichnete Merz den 12-Tage-Krieg im Juni noch als „unsere Drecksarbeit“, gerät man in Berlin nun in Widersprüche, mit dieser Situation umzugehen.

Nein zum Krieg!

In diesen Tagen fällt die Haltung Spaniens auf. Ministerpräsident Sánchez erteilte Trump eine direkte Absage zur Nutzung der US-Stützpunkte in Spanien und verurteilte unter der Parole „Nein zum Krieg“ die völkerrechtswidrigen Angriffe der USA und Israels. Diese Haltung der spanischen Regierung ist dieselbe wie beim Genozid in Gaza, als sich Spanien ebenfalls auf das Völkerrecht bezog. Sie ist nicht etwa auf einen besseren moralischen Kompass zurückzuführen, sondern resultiert aus dem Druck der spanischen Bevölkerung. Laut einer Umfrage der Zeitung El País lehnen 68 Prozent der Befragten einen Angriff auf den Iran ab. Diese Haltung hat eine geschichtliche Kontinuität: So gab es großen Widerstand gegen den NATO-Beitritt Spaniens und die US-amerikanischen Stützpunkte im Land. Zuletzt gab es auch große Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung. Hieran gilt es anzuknüpfen und auch in Deutschland auf die Straßen zu gehen, um zu zeigen, dass wir diesen imperialistischen Angriff und jede deutsche Beteiligung daran, auch die Bereitstellung von Ramstein, ablehnen. ★

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Kommentar zum DGB-Aufruf zu den Ostermärschen 2026



Unter der Losung „Verletzungen des völkerrechtlichen Gewaltverbots stoppen! Weitere Eskalation des Rüstungswahnsinns verhindern!“ ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zur Teilnahme an den diesjährigen Ostermärschen auf. Die Ostermärsche sind Friedensdemonstrationen, die jedes Jahr traditionell am Ostersonntag in ganz Deutschland stattfinden. Dass der DGB zur Teilnahme an diesen Demonstrationen aufruft, ist entscheidend, denn wir erleben aktuell eine globalen Entwicklungen hin zu immer mehr Kriegen und einer ungebremsten Aufrüstung. Darin heißt es: *„Eine neue Welt(un-)ordnung nimmt Gestalt an, die durch die geopolitischen und -ökonomischen Interessen und Großmachtansprüche der USA, Chinas und Russlands bestimmt ist. Um ihre Einflussphären und ihre Zugänge zu Rohstoffen zu erweitern, schrecken sie auch vor der Androhung und Anwendung von Waffengewalt nicht zurück.“* Korrekterweise werden auch der Kriege in der Ukraine, die Bedrohung Taiwans, der Angriff auf Venezuela oder die Pläne zur Annexion Grönlands auf diese Interessen zurückgeführt. Bemerkenswert ist auch, dass der Angriff der USA und Israels auf den Iran vom DGB klar zurückgewiesen wird, trotz dessen weit verbreiteter Rechtfertigung als „Präventivschlag zur Verteidigung“ oder als „humanitäre Intervention“ in den Medien: *„Wir Gewerkschaften stehen solidarisch an der Seite der Menschen im Iran in ihrem Kampf für Freiheit, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit. Dabei verurteilen wir den völkerrechtswidrigen Krieg gegen ihr Land.“*

Dass große zivilgesellschaftliche Organisationen und insbesondere die Gewerkschaften, die eine Verankerung in der Bevölkerung und Arbeiterklasse haben, Teil der Friedensbewegung sind und sich an den Ostermärschen beteiligen ist wichtig. Diese Beteiligung ist heute allerdings keine Selbstverständlichkeit mehr, wie sich im vergangenen Jahr deutlich zeigte. Denn 2025 veröffentlichte der DGB zum Ostermarsch lediglich eine Erklärung, die vor allem die Aufrüstung Deutschlands legitimierte, weil man sich auf die USA nicht mehr verlassen könne: *„Die Europäische Union und die europäischen NATO-Staaten ziehen daraus ihre Konsequenzen: Sie stärken ihre militärische Verteidigungsfähigkeit, um zu verhindern, zum Spielball rivalisierender Großmachtinteressen zu werden. Vor diesem Hintergrund sehen auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Notwendigkeit, in Deutschland und Europa verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um gemeinsam verteidigungsfähiger zu werden.“*

Dieses grundlegend falsche Verständnis des deutschen Staates und der Militarisierung in Deutschland und der EU zeigt sich auch in dem diesjährigen Aufruf. Als Kriegstreiber werden die Großmächte USA, China und Russland benannt, aber Deutschland bleibt unerwähnt. Dabei liegt Deutschland bei den Militärausgaben mit 107 Milliarden US-Dollar im letzten Jahr weltweit auf Rang vier. Und dabei beteiligt sich Deutschland aktiv an Kriegen überall auf der Welt, sei es durch Waffenlieferungen in die Ukraine und nach Israel oder durch logistische Unterstützung mit US-Stützpunkten wie Ramstein in Deutschland, die eine wichtige Rolle beim Krieg im Iran einnehmen. Auch wirtschaftlich gesehen beansprucht Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt einen Status Großmacht (Deutschlands BIP liegt mit 4,68 Billionen US-Dollar nur hinter China 18,75 Billionen US-Dollar und den USA 29,3 Billionen US-Dollar). Die Bundesregierung verfolgt genauso imperialistische Absichten, wie die USA, China und Russland, ist genauso wie sie darauf aus, die Interessen der nationalen Wirtschaft im Ausland durchzusetzen – wenn nötig auch militärisch. Es besteht kein prinzipieller Unterschied zu diesen anderen Großmächten, sondern nur darin, wie eigenständig man militärisch agieren kann. Die umfassende Aufrüstung Deutschlands hat das Ziel genau hier aufzuholen. Sondervermögen um Sondervermögen, Kriegstüchtigkeit, Wehrdienstgesetz und der Aufbau der „konventionell stärkste Armee Europas“ sind die offenen Ausdrucksformen dieser Absichten. Und auch die 800 Milliarden für Aufrüstung auf EU-Ebene spielen den deutschen

Kapitalinteressen in die Karten, denn sie werden geschickt von den Rufen nach einem europäischen Militärbündnis begleitet. Denn wer würde so ein Bündnis anführen, wenn nicht die „konventionell stärkste Armee Europas“. Die Aussage, es würde Deutschland und der EU nur um ihre „Verteidigung“ gehen, ist ein plumpes Täuschungsmanöver.

Demnach muss der Aufruf auch für die Forderung, die *„Rolle der Europäischen Union als globale Friedensmacht zu stärken“*, kritisiert werden. Der Begriff „Friedensmacht“ geht vor allem zurück auf den Politikwissenschaftler Hans-Georg Ehrhart. Für ihn zeichnet sich die Friedensmacht EU dadurch aus, dass sie eine Mischung aus Zivilmacht und Militärmacht sei: *„Eine Zivilmacht ohne Zwangsmittel hätte keine Möglichkeit, einen wirksamen Beitrag zur Wahrung der internationalen Ordnung zu leisten; eine bloß interessen geleitete Militärmacht wäre stabilitätspolitisch kontraproduktiv. Die notwendige Alternative dazu ist das Leitbild einer Friedensmacht. Dabei handelt es sich gewissermaßen um eine Zivilmacht mit militärischen Mitteln“* (Hans-Georg Ehrhart (2001): Leitbild Friedensmacht? Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Herausforderung der Konfliktbearbeitung). Das Konzept ist durchdrungen von der Idee, dass die EU etwas ganz anderes sei, als die anderen Großmächte, dass nur die anderen Imperialisten ihre ökonomischen Interessen militärisch durchsetzen wollten, während die EU hingegen ihr Militär nur zum Einsatz für Werte und Frieden bräuchte. Wir sagen ganz klar: Friedensmacht ist weder die EU, Deutschland oder sonst eine Großmacht. Den Frieden können nur die die Arbeiter aller Länder der Welt erkämpfen, wenn sie sich gegen die Ausbeuter stellen, diejenigen die von Kriegen profitieren und sie anzetteln.

Wir sagen ganz klar: Friedensmacht ist weder die EU, Deutschland oder sonst eine Großmacht. Den Frieden können nur die die Arbeiter aller Länder der Welt erkämpfen, wenn sie sich gegen die Ausbeuter stellen, diejenigen die von Kriegen profitieren und sie anzetteln.

Dass der deutsche Imperialismus und dessen Kriegsvorbereitung vom DGB nicht als solche benannt und bekämpft werden, zeigt sich immer wieder. Der Ausweitung der Rüstungsproduktion in Deutschland wird nicht widersprochen, sondern sie wird im Gegenteil in vielen Fällen sogar begrüßt. Gerade von Seiten der IG Metall oder IG BCE ist dann zu hören, dass dadurch vermeintlich sichere Arbeitsplätze geschaffen würden, die beim derzeitigen Stellenabbau in anderen Branchen derzeit dringend gebraucht würden. Dabei wird ausgeblendet, dass die gesteigerte Produktion von Kriegsmaterial als Teil der Kriegsvorbereitung klar gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet ist – nicht nur, weil sich dadurch für sie die Gefahr erhöht, in diesen kommenden Kriegen als Soldat sein Leben zu verlieren. Auch für die Arbeitsbedingungen ergeben sich negative Konsequenzen. Im Kriegsfall drohen Arbeitszwang und die Eliminierung von Arbeitnehmerrechten. Die aktuellen Angriffe auf den 8-Stunden-Tag stehen ebenfalls in Verbindung dazu. Um das Tempo der Aufrüstung zu steigern, soll mehr gearbeitet werden. Trotz dessen werden Auswirkungen der Militarisierung auf die Beschäftigten im Aufruf zum Ostermarsch nicht behandelt. Insgesamt ist am Aufruf gut, dass die zunehmenden Kriege auf die konkurrierenden Interessen der imperialistischen Großmächte zurückgeführt werden und ein Ende der völkerrechtswidrigen Kriege und der explodierenden Aufrüstung gefordert wird. Damit ist er eine wichtige Grundlage um eine gewerkschaftliche Beteiligung an den Ostermärschen zu organisieren. Dass die Rolle Deutschlands dabei ausgeklammert wird, muss zum Anlass genommen werden, darüber eine Diskussion in den Gewerkschaften und unter den Kollegen im Betrieb zu führen. Am Ende gilt nach wie vor: *„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“*. Der Kampf für den Frieden muss in Deutschland der Kampf gegen den deutschen Imperialismus sein.★



DIE KURDISCHE FRAGE UND DIE ENTWICKLUNGEN IM NAHEN OSTEN

An Newroz (kurdisch: „Neuer Tag“) blickten viele Völker des Nahen Ostens mit dem Frühlingsbeginn auf Hoffnung, Widerstand und den Kampf für eine neue Welt. Die heutige Lage in der Region, die imperialistischen Angriffe durch die USA und Israel, die Unterdrückung der Völker bringen bei den Festlichkeiten dabei auch dieses Jahr viele laute Stimmen hervor, die die Dringlichkeit des organisierten Kampfes für Selbstbestimmung, Frieden und Demokratie herausrufen. In diesem Artikel möchten wir (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) einen Blick auf die Lage der kurdischen Regionen während des Kampfes um die Neuaufteilung des Nahen Ostens werfen.

Waffenstillstand und bleibende Sorgen in Rojava

Seit dem Waffenstillstands- und Integrationsabkommen zwischen der HTS und der SDF (Demokratische Kräfte Syriens) vom 30. Januar ist die Lage in der Region weiter angespannt. Während mit dem Abkommen die schrittweise Integration kurdischer Institutionen und Streitkräfte vorgesehen ist, sollen den Kurden gleichzeitig Rechte wie das auf Bildung in Muttersprache oder der Erhalt der bestehenden lokalen Verwaltungen zugesichert werden. Die Freilassung zahlreicher IS-Kämpfer, vermehrte Angriffe auf die Errungenschaften trotz der Abmachungen (wie in Kobane), schwammige Pläne bezüglich der konkreten Schritte und Umsetzung sowie gescheiterte Prozesse in der Vergangenheit lassen für das Gebiet weiterhin große Fragezeichen offen. Hinzu kommen die schwankenden Vorstellungen der USA und anderer imperialistischer Kräfte wie Frankreich für die Region angesichts der eigenen Interessen. Auf die Frage, wie besorgt die Kurden in der Region aktuell sind, antwortet der englische Journalist Guy Smallman in einem Interview in der EVRENSEL mit seinen Beobachtungen vor Ort: „Ehrlich gesagt sind sie äußerst besorgt, da der derzeitige Staatsoberhaupt, Ahmed al-Shara, noch vor 14 Monaten ein Terrorist war, auf dessen Kopf ein Kopfgeld von 10 Millionen Dollar ausgesetzt war.“

„In Syrien ließ Trump die Kurden fallen - im Iran braucht er sie“

Das titelt n-tv vor einigen Tagen – eine Situation, die zeigt, wie offensichtlich die Lage der Kurden in Rojava bereits jetzt schon vieles über die Lage in Rojhilat im iranischen Staatsgebiet sagt. Auch hier hat Trump ganz offen versucht, die brüchige Lage um Sicherheit und Selbstbestimmung des kurdischen Volkes auszunutzen, um sie in die eigene Reserve zu locken. So hat er den Chef der Demokratischen Partei des iranischen Kurdistan (KDPI), Mustafa Hijri am Telefon drohend zur militärischen Unterstützung aufgerufen. Gleiches tat er mit Führern im irakischen Kurdistan, wobei beide Seiten dem Aufruf nicht folgten. Die kurdischen Kräfte und Parteien im Iran riefen ungefähr im selben Zeitraum ein politisches Bündnis entlang der Forderungen nach Selbstbestimmung und Demokratie ins Leben.

Ein gefährdeter „Prozess“

Auch der sogenannte „Prozess“ um die Klärung der kurdischen Frage in der Türkei, der nun seit ca. zwei Jahren andauert, muss in diesem Rundumschlag beleuchtet werden. Seit der Waffen-niederlegung der PKK ist in der Politik unter dem Erdogan-Regime immer wieder die Rede einer „Lösung der Frage in Brüderlichkeit“. Dabei ist eindeutig, dass von einer Lösung keineswegs die Rede sein kann. Das sehen wir einerseits bei den unzähligen weiterhin inhaftierten kurdischen Politikern, eingesetzten Zwangsverwaltern und starken Repressionen in den kurdischen Gebieten und andererseits darin, dass die türkische Führung die Entwicklungen in Rojava und Rojhilat „mit großer Vorsicht“ verfolgt und in der dortigen Selbstbestimmung offensichtlich eine Drohung für die Lage im eigenen Land sieht.

Selbstbestimmung ohne Bedingungen

Seit der Vierteilung der kurdischen Gebiete mit dem 2. Weltkrieg und der Verwehrung der nationalen Selbstbestimmung können wir in der jüngeren Geschichte viele entscheidende Punkte festmachen, an denen die Kurden zum Spielball der Imperialisten bei der Frage um die (Neu-)Verteilung des Nahen Ostens gemacht werden. Um die Kurden dabei für die eigenen Interessen einzusetzen, lobt Trump öffentlich in Interviews mit Worten wie „I like the kurds“ und auch Israel präsentiert sich als Verbündeter. Dass diese Bekundungen keinen Boden haben und nur so lange wie nötig gelten, sehen wir, wenn der US-Imperialismus Dschihadisten wie Dscholani in Syrien installiert oder aber Israel mit Nachdruck auf den Sohn des Schahs Pahlavi als Nachfolger für die iranische Spitze pocht. Im Zuge dieser Unsicherheiten werden immer wieder Stimmen laut, die der kurdischen Bewegung vorwerfen, sie würden mit dem US-Imperialismus kollaborieren – zum Beispiel bei dem jüngsten Bündnis im Iran. Dabei zeigt die Lage der Kurden in den verschiedenen Ländern des Nahen Ostens aktuell sehr bitter und klar, warum ihre Entscheidungen und Schritte nicht komplett abseits von ihrem Kampf nach Selbstbestimmung und Anerkennung betrachtet werden können. Bleiben diese Rechte verwehrt, bleiben die Völker unterdrückt, werden die Imperialisten immer nach Wegen suchen, um diese Lage für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Natürlich sind die „Kurden“ dabei keine homogene Gruppe, auch hier bestehen Klassenunterschiede, Interessenskonflikte etc. Um die kurdische Frage und das kurdische Volk insgesamt aber nicht mehr zum Spielball in der Region werden zu lassen, braucht es gemeinsam mit dem Kampf gegen die imperialistische Einmischung in der Region ebenfalls volle Solidarität mit dem Kampf um Selbstbestimmung. ★

LESERBRIEFE & ANTWORTEN

9. MÄRZ – POLITISCHER STREIK, DOCH NICHT FÜR LOHNARBEITENDE?

Liebe Redaktion,

in der letzten Ausgabe schreibt ihr über den 9. März. Am Tag nach dem Frauenkampftag gingen Frauen erneut auf die Straße und bestreikten ihre Sorgearbeit – wohlgerneht nur die unbezahlte. Denn politische Streiks, die über tariflich regelbare Ziele hinausgehen, sind in Deutschland illegal. Dabei wird der Arbeiterklasse eines ihrer wichtigsten Kampfmittel genommen. Wenn wir in die Geschichte, aber auch in andere Länder blicken, sehen wir, dass die größten – auch politischen – Errungenschaften der Arbeiterbewegung durch Streiks erkämpft wurden. Gerade wenn wir auf die aktuellen Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen schauen, wird deutlich, dass dagegen auch ein Kampf mit unserer mächtigsten Waffe, dem Streik, nötig wäre. Auch ein künftiger imperialistischer Krieg ließe sich nur durch das kollektive Niederlegen der Arbeit verhindern. Doch warum hört man von den Gewerkschaften so wenig Forderungen nach politischen Streiks, obwohl dieses Verbot nicht einmal im Grundgesetz verankert ist, sondern auf Richtersprüchen beruht und juristisch umstritten ist? Und ist die Forderung nach politischen Streiks eine, die fortschrittliche Kräfte stärker in die Gewerkschaften tragen sollten? Ich würde mich freuen, wenn diese Fragen in zukünftigen Ausgaben diskutiert würden.

ZUM ARTIKEL „EIN VERBOT ALLEIN IST KEINE LÖSUNG!“

Liebe Redaktion,

ich habe euren Artikel zum Thema Prostitution gelesen, in dem dargestellt wird, warum ein Verbot allein keine Lösung sein kann und inwiefern Prostitution schon immer eine Klassenfrage war und sich vor allem aus der Arbeiterklasse rekrutiert. Ich wollte dazu ein paar Zahlen ergänzen, die das nochmal sehr gut unterstreichen: In einer Studie, bei der Prostituierte aus neun Ländern (Deutschland, Kanada, Kolumbien, Mexico, Thailand, Südafrika, Türkei, USA, Sambia) befragt wurden, gaben 89% an, dass sie sofort aussteigen würden, aber nicht können, weil es für sie die einzige Option ist Geld zu verdienen. Und 75% waren schon mal obdachlos. Zudem zeigen andere Studien, dass 83% aller Frauen in der Prostitution ein Kindheitstraumata haben, davon 70% durch das Miterleben familiärer Gewalt. Weitere Quellen gehen davon aus, dass 80-95% der betroffenen Frauen sexuelle Gewalt erlebt haben, bevor sie in die Prostitution eingestiegen sind. Wie der Artikel zu Gewalt an Frauen schon gezeigt hat, tragen aber ökonomische Abhängigkeiten dazu bei, dass Frauen gewaltvolle Beziehungen nicht einfach verlassen können. Dies kann zu eigener Traumatisierung sowie zu Traumafolgen bei ihren Kindern führen und erhöht zugleich eben das Risiko, dass Frauen in die Prostitution geraten. Das zeigt also nochmal sehr deutlich wie wichtig es ist, dass wir dafür kämpfen müssen, dass Frauen endlich selbstbestimmt und ökonomisch unabhängig leben können!

- eine AZ-Leserin aus Hamburg

SCHICKT UNS LESERBRIEFE!

Du hast eine Ergänzung, Kritik oder auch positive Rückmeldung zu einem Artikel? Du denkst etwas wurde falsch dargestellt oder wesentliche Argumente fehlen? Dir fehlt es an Artikeln zu bestimmten Themen? Du hast Kampferfahrungen oder Probleme aus deinem Betrieb die es sich lohnen zu teilen? Du kannst wertvolle Einblicke in Kämpfe an Unis, Schulen oder Nachbarschaften teilen oder von Problemen dort berichten? **Dann schreib uns!** Denn wir brauchen eure Rückmeldungen und Beiträge um die Zeitung ständig weiter zu entwickeln.

Wir veröffentlichen Leserbriefe und Berichte aus Betrieb, Schule, Uni, Alltag und Nachbarschaft.

Du willst keinen Artikel mehr verpassen?

Wir veröffentlichen regelmäßige Artikel zu aktuellen Fragen auf unserer Website: arbeitzukunft.de

In unserem Infokanal auf WhatsApp wirst du regelmäßig benachrichtigt:



**Heraus
zum**

MAI

